

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das  
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

## Vorzeichen für Preußen

### Das Auflösungsbegehren für Lippe kläglich gescheitert

Detmold, 27. April. (Eigenbericht.)

Der am Sonntag in Lippe durchgeführte Volksentscheid zur Auflösung des Landtags endete mit einer Niederlage der Nationalsozialisten und Rechtsparteien.

Um den Volksentscheid durchzuführen, war die Hälfte der Stimmen aller stimmberechtigten Wähler, das sind 54 000 Stimmen, erforderlich. Erreicht wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen — die Ziffern aus einigen kleineren Dörfern stehen noch aus — nur rund 28 000 Ja-Stimmen. Im Höchstfall werden, einschließlich der noch ausstehenden Ziffern, rund 30 000 Ja-Stimmen erreicht werden, also 24 000 weniger als zum Erfolg des Volksentscheids notwendig waren und als seine Verantwortlichen erhofft hatten.

Es ist überaus charakteristisch, daß bei dem Volksentscheid nicht einmal die zum Volksbegehren zur Auflösung des Lippischen Landtags abgegebenen 38 000 Stimmen erzielt wurden. Bei der Reichstagswahl hatte die sieben Parteien, die diesen Volksentscheid veranstalteten, 46 000 Stimmen aufgebracht. Jetzt fehlt ihnen mehr als ein Drittel dieser Ziffer! So ist das große Unternehmen eben verpufft. Ein gutes Vorzeichen für die preussische Abstimmung!

#### Wie sag ichs meinem Kinde?

Hugenberg's Montagblatt muß die Niederlage der Stahlhelmparteien in Lippe nach Möglichkeit zu verschleiern suchen. Es schwärmt deshalb seine Leser folgendermaßen an:

8000 Ja-Stimmen mehr als erforderlich.

#### Der Volksentscheid in Lippe.

Das ist die Überschrift der Meldung. Im Text aber kommt ganz hinten dieses Rauberwelsch:

Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt 108 000, es waren zum Erfolg des Volksentscheides 54 000 Stimmen erforderlich und von diesen mußten 27 001 Ja-Stimmen sein. An den erforderlichen 54 000 fehlen rund 19 000 Stimmen, so daß aus formalen Gründen ein negativer Erfolg des Volksentscheides festzustellen ist, obgleich die Zahl der zu verzeichnenden Ja-Stimmen um rund 8000 höher ist als die erforderliche Zahl von 27 001 Stimmen.

Da zum „Erfolg“ 54 000 Stimmen erforderlich waren, aber daran rund 20 000 Stimmen fehlten, so ist das ein „negativer Erfolg“, trotzdem 8000 mehr abgegeben waren, als nötig!

Ein Hugenberg-Deutsch zur Rettung der deutschen Seele! Aber es wird nichts anderes übrig bleiben, als das auch in Preußen ein „negativer Erfolg“ festgestellt werden muß, weil etwas fehlt, was eigentlich schon zu viel ist!

### Die Sorgen des Stahlhelms.

#### Ebbe in den Kassen.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm, der sich am Sonntag mit dem Ergebnis des Volksbegehrens, wie er es bisher berechnet hat, befaßt, erläßt zu seiner Aktion eine öffentliche Erklärung, in der er im Gegensatz zu der Hugenberg-Presse alles andere als Jubelstimmen anstimmelt. Er begnügt sich mit der Behauptung, das Volksbegehren sei „nur der erste Vorstoß“ gegen Preußen gewesen, in absehbarer Zeit würden „noch größere Kräfte“ in Aktion gesetzt werden.

Die Richtigkeit dieser Erklärung hat ihren Grund darin, daß der Stahlhelm bisher nicht einmal weiß, wer die Kosten für den ersten Vorstoß, noch viel weniger die für die in Aussicht gestellte „größere Aktion“ zahlen soll. Die gestrige Sitzung des Bundesvorstandes galt deshalb auch weniger der zweiten Aktion als der Frage, wer die Kosten für den ersten „Sieg“ aufbringen soll. Der Stahlhelm selbst ist dazu nicht in der Lage. Er ist arm wie eine Kirchenmaus.

Aus diesem Grunde beabsichtigen die Akteure des Volksbegehrens, an die an der moralischen Pleite beteiligten Parteien mit dem Ansinnen heranzutreten, die für die „gemeinsame“ Veranstaltung entstandenen „gemeinsamen“ Schulden auch „gemeinsam“ zu decken. Angesichts der Ebbe bei der Volkspartei, der Wirtschaftspartei und den übrigen unscheinbaren Bundesgenossen des Stahlhelm ist kaum damit zu rechnen, daß bei der neuesten Schnorraktion viel herauskommt.

Der neue Opium-Direktor des Völkerbundes. Die Leitung der Opium- und sozialen Abteilung des Völkerbundes hat der Schwede Ekstrand als Direktor übernommen. Von 1921 bis 1922 war er Chef der Hilfsexpedition in Rußland, die das schwedische Rote Kreuz organisierte. Von 1925 bis 1929 war Ekstrand schwedischer Gesandter in Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay und wurde 1929 Präsident der Völkerbunds-Untersuchungskommission für Raucheropium im fernen Osten.

## Die Politik der Partei

### Sozialdemokratischer Bezirkstag

Am gestrigen Sonntag fehrte der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Berlin seine Beratungen fort. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Referat des Genossen

Dittmann über den Reichsparteitag.

Genosse Dittmann führte aus:

Die sozialdemokratischen Parteitage unterscheiden sich grundsätzlich von denen anderer Parteien: Bei diesen sind Parteitage meist leere Vorreden und Schalltagungen, bei uns dienen sie ernster Arbeit und offener Aussprache, sie dienen der Klärung, entscheiden wichtige Fragen der Politik, zeigen die großen Linien der Taktik, festigen die Disziplin und die innere Geschlossenheit der Partei. Zum vierten Male werden die Leipziger Genossen einen Parteitag im großen Volkshaus tagen sehen, Leipzig ist und bleibt eine

#### Hochburg der Sozialdemokratie.

Wir haben die Wähler vor der Reichstagswahl aufgerufen, uns die Stimme zu geben, damit wir reaktionäre Anschläge abwehren könnten. Der Ausfall der Wahl ist bekannt, die Sozialdemokraten kamen mit geschwächter Front in den Reichstag zurück, die Wähler hatten den struppellosesten Demagogen, den Nationalsozialisten, zu einem von ihnen selbst kaum erwarteten Wahlsieg verholfen. Hätte dem Drängen der Rechtsparteien auf das Zentrum, eine Rechtsregierung mit Einschluß der Nationalsozialisten zu bilden, sich die Sozialdemokratie nicht entgegengestellt, so wäre sicher eine Aera nationalsozialistischer Regierungen „kunt“ gekommen, die für die Arbeiterschaft schlimmste Verfolgungen gebracht hätte.

Deshalb mußte die Reichstagsfraktion eine Taktik einschlagen, die eine

#### Regierungsbeteiligung der Nazis ausschloß.

So kamen wir zur Tolerierung der Regierung Brüning, weil wir die Demokratie, die Verfassung, das parlamentarische System erhalten mußten. Diese Taktik und ihre Erfolge sind im ganzen Reich von den Parteimitgliedern anerkannt worden; überall ist die Partei wieder im Aufstieg unter der Parole: Wo bleibt der

zweite Mann? Die Nazis ist zum Stehen gekommen, das Bürgertum hat sich von seinem Schreden erholt, alles wendet sich von den Nazis ab, ja in ihren eigenen Reihen ist die Rebellion ausgebrochen, weil sich die Posten- und Krippenjäger um ihre Hoffnungen betrogen sehen. Die Ueberwindung der Nazis ist eine Frage der stärkeren Nerven; die Nazis haben sie jedenfalls nicht. Ihr Auszug aus dem Reichstag ist selbst ihren Anhängern gedanklich nicht eingegangen; der Reichstag blieb weiter arbeitsfähig, der Etat wurde erledigt, der Reichstag vertagte sich bis zum Herbst und die Nazis stehen mit leeren Händen vor ihren Wählern. Allerdings, mehr Stimmen und mehr Einfluß, als uns die Wähler bei der Wahl gegeben, hatten wir nicht, und so mußten wir uns mit dem Erreichten bescheiden. Um die

#### Ermattungs- und Jermübnungslaktik

gegen die Nazis fortsetzen zu können, haben wir auch beim Panzerkreuzer uns der Stimme enthalten. Dadurch erhielten Nationalsozialisten und Deutschnationale nicht die Möglichkeit, ihre Staatsretterdienste anzubieten und auszuüben, sie konnten sich nicht als die „Retter des Vaterlandes“ ausspielen. Wie stand die Frage zu den Ersatzbauten für überalterte Panzerschiffe? Zweimal hat der alte Reichstag unseren Antrag abgelehnt, diese Ersatzbauten einzustellen, der neue Reichstag hat eine noch größere Mehrheit für die Panzerkreuzer, auch für das Programm, das Ersatz aller überalterten Schiffe fordert. Den 220 sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen stehen im Reichstag 357 bürgerliche gegenüber, die natürlich für die Panzerkreuzerbauten sind. Die Sachlage war also so, daß trotz unserer Gegnerschaft die Schiffe doch gebaut worden wären, bei einer anderen Haltung wäre durch unsere Rücksicht die radikale Rechte an die Macht gekommen. Genosse Dittmann verwies auf das englische Beispiel, wo bereits zwei Jahre lang die Arbeiterregierung am Ruder ist, nur, weil die Liberalen sie gegen die Konservativen tolerieren. Selbst in Sachsen müssen unsere Parteigenossen eine bürgerliche Regierung tolerieren, wählend nicht aus Liebe zu ihr. Man könne überzeugt sein, daß der Reichsparteitag die Politik und die Taktik der Reichstagsfraktion anerkennen wird. Die Haltung der Fraktion zum Panzerkreuzerbau hat mit grundsätzlichen Ermüdungen gar nichts zu tun; wir betonen noch heute, daß die Schiffe nötig sind. Unsere Stimmenthaltung war lediglich ein taktisches Gegenmanöver gegen die Falchiten aller Schattierungen, die auf diesem Wege glaubten an die Macht kommen zu können. Die

#### Stimmabgabe der neun Fraktionsmitglieder gegen die Beschlüsse der Mehrheit

Bei auf das schärfste zu mißbilligen (Sehr richtig!), sie ist geeignet, die Parteidisziplin zu untergraben. (Zustimmung.) Im Plenum des Reichstags mußte jedes Mitglied der Fraktion mit der Mehrheit stimmen, nur im einheitlichen Auftreten liegt unsere Kraft. Wo sollte es hinführen, wenn, wie es jetzt von den Neuen geschah, die Meinung der Parteibeiräte für die Abstimmung des einzelnen Abgeordneten maßgebend sein soll? Eine solche Krähwintzerei müßte zur Auflösung der Fraktion und damit zur Hinderung an jeder positiven Arbeit führen. Wie lustig habe sich die Fraktion und die Parteimitgliedschaft im Lande gegenüber den Deutschnationalen gemacht, als diese bei der Daves-Abstimmung in zwei Hälften zerfielen; haben wir nicht über die „Fraktion Wampe halb und halb“ gehöhnt und gepöpstelt? Und jetzt sollen wir, die sozialdemokratische Fraktion, daselbe tun? Der Reichsparteitag werde die Fraktion auffordern müssen, unbedingten Fraktionszwang einzuführen. (Beifall und Widerspruch.)

Genosse Dittmann ging dann zu dem von Tarnow auf dem Reichsparteitag zu erstattenden Referat über und betonte dabei, daß dabei die

#### Frauenarbeit und die Forderung nach der Einführung der 40-Stunden-Woche.

eine große Rolle spielen werden. Die Erörterungen darüber werden unserer Agitation neuen Antrieb und neue Impulse geben. Wir haben bis jetzt unsere Agitation zu sehr von Tagesfragen abhängig gemacht und von lautenden politischen Fragen beeinflusst lassen, das muß anders werden. Gewiß hat die Krise und die Erwerbslosigkeit die Gemüter für solche Tagespolitik empfänglicher

## Betriebsratswahlen



„Müchtig eingegangen bei der letzten W. liche, der junge Herr?“



gemacht, trotzdem müssen wir zur Erörterung grundsätzlicher Fragen zurückkehren. Wir müssen den Massen zeigen, daß der Kapitalismus die Produktion zwar glänzend organisiert hat, daß er aber nicht den Absatz der Waren regeln kann. Die Nationalisierung machte gewaltige Massen arbeitslos, die nun für den Warenbezug ausfallen. Den aus vermindertem Absatz herrührenden Minderprofit sucht der Kapitalismus durch Erschließung des Weltmarktes weitzumachen. Si aber die Produzenten aller Länder die gleiche Absicht haben, so ist auch auf dem Weltmarkt die Absatzkrise eingetreten. Die Welt ist mit Waren verstopft. Lohnsenkungen, Verminderung der sozialpolitischen Ausgaben sollen die Kapitalisten konkurrenzfähig machen. Daß dadurch aber wieder neue Massen ihre noch gehaltene Kaufkraft verlieren, wird nicht erwogen. Die Welt ist nicht vollreich genug, um die in einem ins riesenhafte gesteigerten Produktionsprozeß hergestellten Waren aufnehmen zu können, solange der Profit die Triebfeder für die Produktion ist.

So erklärt sich die Weltwirtschaftskrise, und so ergeben sich zwangsläufig unsere Aufgaben für die Werbung. Mit einer grundsätzlichen Aufklärung werden wir auch die Jugend gewinnen können, die Jugend, die sich so oft über mangelnde Berücksichtigung beklagt. (Sehr richtig!) Damit werden wir die jungen Herren auch aus ihrer Sonderbündelei herausreißen. Grundsatz in der Partei muß bleiben, daß der Jugendliche mit der Erreichung des Bahalters in die Partei gehört. (Stürmischer Beifall.) Hier kann er arbeiten und wirken, hier kann er sich im politischen Tagestampfschulen und für den großen Kampf, der unser aller Kampf ist, fertig machen. Das Referat des Genossen Ollenhauer wird auf dem Reichsparteitag das im einzelnen aufzählen.

Ich persönlich wünsche, daß in allen Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksleitungen, auch in der Zentralleitung der Partei rechtzeitig tüchtige Vertreter der jungen Generation einrücken, damit sie unter der Leitung der Älteren sich einarbeiten und später an deren Stelle treten können.

Als Ergebnis des Reichsparteitages erwartet der Redner die Billigung der Politik und der Taktik der Reichstagsfraktion, die gegen den Faschismus und auf die Erhaltung der Demokratie gerichtet ist. Ferner die Erhaltung der inneren Geschlossenheit der Partei, eine Erhöhung der Aktivität und eine feste Verankerung der Jugend mit der Gesamtpartei. So werde der Parteitag zur Belebung unserer Arbeit führen und die Massen erneut begeistern für den Kampf um den Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Den weiteren Bericht geben wir an anderer Stelle des Blattes.

## Sozialdemokraten bei Brüning.

Besprechung am Mittwoch.

Unmittelbar nach der Rückkehr des Reichstanzlers aus Badenweiler hat der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Dr. Breitscheid, den Kanzler um eine Unterredung ersucht. Die Aussprache, an der neben Dr. Breitscheid noch der Finanzsenator der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Herz, teilnehmen wird, ist auf Mittwoch anberaumt worden.

## Die Kartoffelpartei.

„Raus aus den Kartoffeln!“

„Raus aus den Kartoffeln!“ Unter diesem Feldschrei zogen die Nazis am 10. Februar aus dem Reichstag aus. Jetzt sind sie in den Roggenstülpungsausschuß des Reichstags zurückgeschlichen, um der Partei „Rampe halb und halb“ Hilfsstellung zu leisten.

„Rin in die Kartoffeln!“ ist nunmehr ihre Parole! Ihr „Parlamentsdienst“ teilt mit, daß künftig unter dem Titel „Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion“ monatlich ein Heft erscheinen soll mit den Reden, Anträgen und Interpellationen der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion. Heft 1 mit Reden von Feber und Straßer vom Oktober (!) vorigen Jahres ist bereits erschienen. Bis zum Oktober dieses Jahres wird man wohl die übrigen Nazireden bis zum Auszug aus dem Reichstag servieren. Angeblich erfolgt die Herausgabe der Reichstagsreden „in Erfüllung zahlreich geäußelter berechtigter Wünsche!“

Darin liegt das Eingeständnis, daß die Parole „Raus aus den Kartoffeln“ bei den Naziwählern keine Begeisterung erzeugt hat. Deshalb heißt es nun wieder: „Rin in die Kartoffeln!“ Man sollte den Nazis deshalb den „Ehrennamen“ der „Kartoffelpartei“ nicht länger vorenthalten.

## Goebbels versteckt sich.

Er entzieht sich selbst der Vorführung vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg standen heute morgen acht Beleidigungsklagen gegen Goebbels an. So hatte er zum Beispiel in bezug auf Orzeszinski gesagt: Bebel habe den Ausspruch getan, mit dem Belagerungszustand könne selbst ein Esel regieren. Das habe sich aber hinsichtlich Orzeszinski als falsch erwiesen, denn der könne selbst mit einem Belagerungszustand nicht regieren. Den Kriminalkommissar Busdorf hatte er einen Beamtenfingel genannt, Jörgelbel als Schweinepöbel bezeichnet, der Jüdischen Religionsgemeinschaft hat er Ritualmord, einem Magistratsrat vom Kreuzberg Galscheid vorgeworfen, außerdem den Kommandeur der Schutzpolizei Heimannsberg und Potsdamer Polizeibeamte in anderer Weise beleidigt.

Goebbels war nicht erschienen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Rombke teilte mit, daß heute morgen 8.20 Uhr in der Gerichtsschreiberei ein Telefongespräch angemeldet worden sei und Goebbels' Privatsekretär Schimmelmann mitgeteilt habe, daß Goebbels heute an einer Führertagung und einer Fraktionsführung teilnehmen müsse und deshalb vor Gericht nicht erscheinen könne. Goebbels' Aufenthalt könne nicht angegeben werden.

Staatsanwalt Steenig beantragte darauf, zwecks Feststellung des Aufenthalts des Angeklagten, den Privatsekretär Schimmelmann zu laden und die Verhandlung zu unterbrechen. Das Gericht entsprach dem Antrag des Staatsanwalts und unterbrach die Sitzung bis zum Erscheinen des Privatsekretärs Schimmelmann.

Dem Goebbels' scheinbar gerichtliche Verurteilungen in die Knochen geschrien zu sein; er zieht es deshalb vor, seine alten Methoden wieder aufzunehmen und zu knien. Seine Immunität ist aufgehoben und seine Vorführung vom Reichstag genehmigt worden. Der Vorführungsbefehl des Gerichts konnte jedoch nicht vollstreckt werden; als der Beamte gestern abend in seiner Wohnung erschien, um ihn über Nacht in sicheres Gewahrsam zu nehmen, war er verduftet. \*Zur ist er nur in Versammlungen, wenn seine Gebetmühle rasselte.

Um 12 Uhr trat das Gericht wieder zusammen. Staatsanwalt Steenig teilte mit, daß alle Bemühungen der Polizei, Goebbels'

# Muttertragödie vor Gericht

Das Krüppelkind aus Liebe getötet

Vor dem Landgericht III verantwortete sich heute eine unglückliche Mutter. Aus Liebe und aus Verzweiflung hat sie am 24. September 1930 ihr Kind im Tegeler See ertränkt. Einen Monat später, am 20. Oktober, wurde die Leiche des fünfjährigen Hans Günther aus dem Tegeler See gezogen. Das Monogramm war aus der Wäsche herausgeschält; an den Buchstaben in den Schuhen stellte man aber fest, daß das Kind in einem Zwickauer Krüppelheim aufgezogen sein mußte. So fand man die Mutter und verhaftete sie. Die Anklage lautet nicht auf Mord, sondern auf Totschlag; auch die Staatsanwaltschaft konnte sich nicht der Tatsache verschließen, daß hier eine unglückliche Mutter in der höchsten Verzweiflung gehandelt hatte.

Die angeklagte 33jährige Frau Barth macht einen leidenden Eindruck und spricht so leise, daß man sie kaum versteht. Ihre traurige Lebensgeschichte unterbricht sie hin und wieder durch Tränen. Ihr Vater war an der Reichsbahn angestellt. Im Jahre 1910 heiratete sie. 1921 und 1922 brachte sie zwei Knaben zur Welt, Heinz und Horst. Sie half ihrem Mann in seinem Geschäft in Sachsen. Die Ehe, zu Beginn glücklich, trübte sich immer mehr und mehr. Der Mann sorgte nicht für die Familie, machte Schulden, vernachlässigte das Geschäft, das schließlich bankrott ging. Frau B. zog zu ihren Eltern. Der ältere Junge, Heinz, wurde nun von den Großeltern erzogen, den jüngeren, Horst, nahmen die Schwiegereltern zu sich. Der Mann verzog zusammen mit seinen Eltern nach Rumänien und ließ Frau und Kind im Stich. Frau B., seelisch und körperlich zusammengebrochen, wurde in ein Sanatorium verschickt, lernte hier einen Vertreter aus Dresden kennen, dem späteren Vater des unglücklichen Kindes. Der Mann wollte von dem Kinde nichts wissen, es verblieb im Krankenhaus, litt an Krämpfen und entwickelte sich nur sehr kümmerlich. Als Frau B. Mann vom Wohlfahrtsamt aufgefordert wurde, wegen der Unterhaltungskosten für das Kind aufzukommen — es galt nämlich als ehelich — reichte er eine Ehescheidungsklage ein. Der richtige Vater des Knaben be-

schwor, nicht der Vater zu sein. Frau B. fand für das Kind Pflegeeltern, zahlte ihnen eine Abfindungssumme in Höhe von 1200 M. Die Leute verzogen aber nach einem anderen Ort. Das Kind kam zuerst in ein Kinderheim, sodann nach Zwisdau in ein Krüppelheim. Frau B. war inzwischen stellunglos geworden. Sie erhielt zuerst Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 18,70 M., dann Krisenunterstützung im Betrage von 15,70 M. Aber auch diese drohte zu verfliegen. Sie konnte für die Kosten des Kindes im Krüppelheim nicht aufkommen, das Wohlfahrtsamt forderte, daß sie es zu sich nähme. Auf ihre Bitten, doch etwas Geduld mit ihr zu haben, fruchteten nichts. Am 24. September fuhr sie nach Zwisdau, ohne ihrer Mutter den Zweck ihrer Reise angegeben zu haben. Zunächst wollte sie das Kind zu einer Tante nach Sachsen bringen. Sie schämte sich ihres unehelichen Kindes und beschloß daher, es bei einer anderen Verwandten in Berlin zu versuchen. Hier angelangt, verlor sie wieder den Mut. Von der Haltestelle Müllerstraße, wo sie ausgestiegen war, um zur Tante zu gehen, fuhr sie nun weiter bis nach Tegelerort; das Fahren machte ja dem Jungen viel Spaß. Nun sah sie am Tegeler See und grübelte, was weiter mit dem Kinde geschehen sollte.

Und plötzlich kam sie zum Entschluß, gemeinsam mit dem Kinde zu sterben. Sie trat in das Wasser, tauchte den Kopf des Kindes unter, dann kam ihr aber der Gedanke an ihren Sohn Heinz, sie zog den Kopf des Kindes zurück, es war bereits tot. Ich nehme aber auch den Heinz mit in den Tod, sagte sie sich, was soll er ohne mich. Sie legte den kleinen Hans Günther in das Schilf und begab sich zur Strohhalmbahn zurück. Dann kehrte sie zum See zurück, um den Kleinen zu holen. Sein Körperchen war ihr aber zu schwer. Sie ließ das Kind liegen und fuhr am selben Tage zu ihren Eltern. Auch hier trug sie sich noch mit dem Gedanken, mit ihrem Sohn Heinz aus dem Leben zu scheiden, konnte aber nicht den Mut dazu finden.

Zur Verhandlung ist unter anderem Dr. Leppmann als Sachverständiger geladen.

## Feuer im Benzinkeller

Gefährlicher Brand in der Frankfurter Straße

Im Benzinkeller einer chemischen Großwäscherei in der Großen Frankfurter 135 entstand heute mittag ein überaus gefährliches Feuer.

In dem Keller befindet sich ein umfangreicher Tank, aus dem eine größere Menge Benzin ausgelassen war. Die feuergefährliche Flüssigkeit geriet aus noch unbekannter Ursache in Brand und in wenigen Augenblicken stand ein Teil des Kellers in Flammen. Der alarmierten Feuerwehr gelang es, durch starkes Wassergerben aus drei Schlauchleitungen und Zuhilfenahme eines Schaumgenerators des Feuers nach halbstündiger Tätigkeit Herr zu werden. Die Löscharbeiten mußten mit großer Vorsicht vorgenommen werden, da eine Explosion des Tanks befürchtet wurde.

## Schulkameraden niedergeschossen.

Die verhängnisvolle Ladehemmung.

Durch die unglückselige Leichtsichtigkeit eines Mitschülers ist gestern der 13jährige Schüler Hans Blochmann, der einzige Sohn einer in Göttingen wohnenden Witwe, in der Staatlichen Bildungsanstalt, Lichterfelde, von einem Klassenkameraden niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt worden.

Auf dem Südgelände der Staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfelde schossen am Sonntagnachmittag mehrere Terntianer mit einem Tetsching. An einem Bretterzaun hatten die Schüler eine Zielscheibe aufgehängt, nach der sie abwechselnd schossen. Als der 13jährige Hans Blochmann das Gewehr in die Hand nahm und anlegte, ging der Schuß infolge einer Hemmung nicht los. Der neben ihm stehende gleichaltrige Günter von Jarochl nahm daraufhin das Gewehr an sich, um nach der Ursache des Versagens zu sehen. In diesen Augenblick löste sich der Schuß, unglücklicherweise hatte er den Lauf so gehalten, daß die Kugel Blochmann in den Unterleib drang. Schwer verletzt wurde der Angeschossene in das Lichterfelder Kreiskrankenhaus gebracht.

Es war den Schülern der Anstalt u. a. strengstens untersagt, sich mit Schusswaffen zu befassen. Trotz des Verbots hatte sich jedoch ein Schüler nach den Ferien ein Tetsching gekauft und die Waffe in die Anstalt eingeschmuggelt.

## Verkehrsunfälle am Sonntag.

Drei Tote, mehrere Schwerverletzte.

Das gestrige schöne Sonntagswetter, das nur gegen Mittag durch eine heranziehende Wolkenwand zeitweise getrübt wurde, brachte einen sehr regen Ausflugsverkehr.

Wie immer an verkehrreichen Sonntagen ereigneten sich auf den Ausfallstraßen eine Reihe von schweren Unfällen und Zusammenstößen.

Unweit des Kleinbahnhofs Schulendorf bei Briesen fuhr der

Privatsekretär Schimmelmann ausfindig zu machen, vergeblich gewesen seien. Er hatte in seiner Wohnung einen Zettel hinterlassen, daß er um 10 Uhr im Gaubüro sein würde. Er ist aber nicht dagewesen. Der Staatsanwalt beantragte, die Verhandlung auszussetzen und den Zeugen Schimmelmann ordnungsmäßig zu laden.

Was den Angeklagten Goebbels betrifft, so sei er laut polizeilichen Ermittlungen bereits seit drei Tagen nicht in seiner Wohnung gewesen. Seine Post ist von einer dritten Person abgeholt worden. Die Staatsanwaltschaft würde alle Maßnahmen ergreifen, des Angeklagten Goebbels habhaft zu werden.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung bis Mittwoch auszusetzen.

Die Kopfläger auf Formosa haben wieder ein Dorf überfallen und 126 Menschen getötet. Im Oktober 1930 fielen diesen Mördern 200 Personen zum Opfer.

Wagenmeister Gölche mit seinem Motorrad gegen die geschlossene Bahnbrücke. Das Rad wurde zertrümmert und Gölche sowie sein Mitfahrer, der Brennermeister Stuchs, erlitten schwere Verletzungen. Die Verunglückten wurden ins Wriezener Krankenhaus gebracht, dort ist Stuchs bald nach seiner Aufnahme gestorben. — In Alt-Biesdorf fuhr in der vergangenen Nacht an einer Begegabelung zwei Radfahrer sehr heftig zusammen. Dabei stürzte der 35jährige Väter Erich Frau, der sich auf der Heimfahrt nach Berlin befand, so unglücklich, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er auf dem Transport starb. — Ein weiterer tödlicher Unfall trug sich am Sonntag nachmittag an der Ecke Akazien- und Hauptstraße in Schöneberg zu. Dort geriet der 13jährige Schüler Heinz Benzig aus der Lessingstraße 17 mit seinem Fahrrad unter eine Kraftdroschke. Der Verunglückte wurde mit einem Schädelbruch in das Schöneberger St. Norbert-Krankenhaus eingeliefert. In der Nacht zum Montag ist das Kind seinen Verletzungen erlegen. — Am Treptower Park 38 wurde der 67jährige Vertreter Louis Luft aus der Simpfonstraße 27 mit seinem Fahrrad von einer Straßenbahn erfasst und zu Boden geschleudert. Luft wurde in bewußtlosen Zustande in das Urban-Krankenhaus gebracht, wo ein Schädelbruch festgestellt wurde.

Außerdem fanden noch eine Reihe von Verunglückten in den Krankenhäusern Aufnahme, die bei Verkehrsunfällen Knochenbrüche und Gehirnerschütterungen erlitten hatten.

## Autobus stürzt um.

Metertief in die Schlucht. — Vierzig Verletzte.

Budapest, 27. April.

Ein schweres Autobusunglück, wobei 40 Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern vormittag in der Nähe von Miskolc. Ein mit Ausflüglern vollbesetzter Autobus kippte auf der steilen Landstraße, die in das Büks-Gebirge führt, um und stürzte vier Meter tief in eine Schlucht. Der Autobus blieb dort mit den Rädern nach oben liegen. Alle 40 Insassen des Autobusses, Mitglieder eines Touristenvereins der Privatbeamten von Miskolc, wurden verletzt. 15 davon mußten mit schweren Schädelbrüchen und Gehirnerschütterungen sowie inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Drei der Schwerverletzten liegen im Sterben. Das Unglück wurde durch Überlastung des Autobusses hervorgerufen.

Wien, 27. April.

Gestern nacht hat sich in einem Wiener Vorort ein schweres Verkehrsunfall ereignet. Ein Ueberlandautobus stieß mit einem anderen Auto zusammen, wobei beide Wagen schwer beschädigt wurden. Der Ueberlandautobus fuhr dem anderen Wagen in die Flanke. Der ganze vordere Teil des Autobusses und sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert worden. Aus beiden Fahrzeugen erkönten gellende Hilferufe. Der Autobus war voll besetzt. Es gab eine große Anzahl Schwerverletzter.

## Freiballon in Hochspannung.

Die Insassen gerettet.

Wittenberge, 27. April.

Der Freiballon „Braunschweig III“ war am Sonntagvormittag unter Führung von Kommandant Pilz mit drei weiteren Insassen aufgestiegen. Da eine Landung auf den Giebriesen wegen der Ueberlastung nicht möglich war, mußten die Balloninsassen über der Elbe Ballast abgeben, um dem Ballon neuen Auftrieb zu geben. In der Nähe der Dünchburger Bahn vorstieg sich der Anker in einer Eiche, und der niedergehende Ballon trieb auf eine 15000 Volt-Hochspannungslinie zu. Der Ballonkorb blieb in den Drähten hängen, und infolge des Kurzschlusses gab es eine große Stichflamme. Zum Glück für die Insassen rissen die Drähte, so daß ein größeres Unglück vermieden wurde. Die Ballonsieger wurden von einem Braunschweiger Kraftwagen, der den Ballon verfolgt hatte, wieder zurückgebracht.



# Polens Boykott gegen Danzig

## Bölkerverbündjuristen erklären ihn als rechtswidrig

Genf, 27. April. (Eigenbericht.)

Das Gutachten der Juristenkommission im Rechtsstreit zwischen Danzig und Polen über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch den polnischen Ueberseehandel ist veröffentlicht worden. Es enthält eine Wehrheits- und eine Minderheitsauffassung. Die aber beide im entscheidenden Punkte übereinstimmen, nämlich daß Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen auszunutzen. Der Bölkerverbündjurist, den Danzig um eine Entscheidung angerufen hatte und der das Gutachten gewünscht hat, kann jetzt nach eigenem Ermessen entscheiden.

Danzig hatte um Beantwortung zweier Fragen gebeten: Stellt die Entscheidung des Kommissars Haling vom 15. August 1921, wonach Polen „vollen Gebrauch vom Danziger Hafen zu machen“ hat, eine bindende Verpflichtung oder nur eine Empfehlung dar und welche juristische Bedeutung hat diese Entscheidung? Ist es mit den Verträgen vereinbar, daß Polen zum Schaden Danzigs andere Häfen begünstigt?

Die Mehrheitsauffassung, vertreten durch den Engländer John Fisher Williams und den Belgier Jan Hostie, betont zunächst, daß die von Polen bestrittene Entscheidung Haling aus dem Jahre 1921 Polen die Verpflichtung auferlegt, den Hafen von Danzig auszunutzen. Dabei sei nicht nur der Zustand des Hafens im Jahre 1921 zugrunde zu legen, sondern

er müsse stets im vollen Umfange seiner Weiterentwicklung ausgenutzt werden.

Diese Verpflichtung sei sofort durchzuführen und auch nicht

beschränkt auf die Ausnutzung der Eisenbahnen zwischen Danzig und Polen. Die Verpflichtung könne um so weniger bestritten werden, als im nächsten Kapitel der Entscheidung Haling aus 1921 ausdrücklich die Verpflichtung des ungehinderten freien Zugangs zum Meere für Polen der Freien Stadt Danzig auferlegt ist. Eins habe ohne das andere keinen Sinn. Ueber den Rahmen der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens hinaus sei Polen das Recht zur Anlegung eigener Häfen niemals bestritten worden.

In dem Minderheitsstandpunkt, der sehr unklar formuliert ist, schließt sich der dritte juristische Sachverständige Raestad-Norwegen wohl der Auffassung an, daß die Entscheidung Haling eine bindende Verpflichtung für Polen darstellt, findet aber, daß diese Verpflichtung begrenzt und erst nach Abschluß von Verträgen über die Hafenbenutzung zwischen Danzig und Polen auszuführen sei. Außerdem sei Polen nur verpflichtet, den Danziger Hafen in dem Maße auszunutzen, als es in eigenen Häfen seinen Handel nicht bewältigen könne.

## Polen dementiert Befugungsabsicht.

Warschau, 27. April.

Das maßgebendste Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, erklärt, es sei zu der Feststellung ermächtigt, daß die polnische Regierung keinerlei Forderung, weder an den Grafen Gracina noch an eine andere Adresse, gestellt hat, polnische Truppen auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu entsenden.

## Die Arbeitslosen im Deutschen Theater.

### „Der Hauptmann von Köpenick.“

Das war ein ausgezeichnete Gedanke, daß das Deutsche Theater am Sonntagmorgen die Arbeitslosen zu Gast lud zum Theaterbesuch und zum Kaffeetrinken. Alle Mitwirkenden von der Garderobiere bis zu Werner Kraus hatten sich ohne jegliches Honorar zur Verfügung gestellt. Es hätte keine bessere Wahl getroffen werden können als „Der Hauptmann von Köpenick“, der nicht nur der größte Erfolg der Saison ist. Kein Publikum konnte diesen sozialen Stoff, der das Elend, das Ausgestoßensein von der Arbeit bei stärkstem Arbeitsverlangen, den Unfug und die Schikanen und die Ueberheblichkeit des behördlichen Apparats im alten Preußen mit sozialer Ernst und zugleich mit dem jählichen Humor zur Darstellung bringt, teilnehmender und hingereifter aufnehmen als gerade die Arbeitslosen. Und nie ist wohl im Deutschen Theater stärkerer Applaus gehört worden, als an der Stelle, da Werner Kraus die Not des ausgestoßenen Schusters hinausruft, und nie ist wohl stürmischer gelacht worden, als bei der Verurteilung des preußischen Militarismus und seiner vielen Abarten in der Beamtenschaft. Zum Schluß wollte das Beifallstafelchen kein Ende nehmen, und einer von den vielen, die hier für einige Stunden Trost und Vergessen gefunden hatten, sprach spontan den Dank aller aus.

Die Aufführung fand bei erster Befugung statt, und man hatte das Gefühl, daß alle Mitwirkenden mit besonderer Eust und Hingabe gerade für dieses Publikum spielten. Sie alle zu nennen, ist hier unmöglich, es war ein so vollendetes Ensemble, daß selbst die überragende Leistung von Werner Kraus, der das Menschliche dieses gar nicht anklägerischen und revoltanten Zuchthäuslers betont, sich nicht sturmäßig in den Vordergrund drängte.

Wie wir hören, sollen solche Arbeitslosenvorstellungen auch in anderen Theatern veranstaltet werden. Es wäre eine segensreiche Tat, um in das hie Leben der unfreiwillig vom Produktionsprozesse Ausgeschlossenen einen Sonnenstrahl zu bringen. Dem Deutschen Theater und seinem Personal gebührt jedenfalls aller Dank für ihre Initiative. Die Volksbühne hat in diesem Jahr zwar noch keine besonderen Vorstellungen für Erwerbslose gegeben, aber sie hat für zahlreiche öffentliche Vorstellungen ihres Theaters den Gewerkschaften viele Plätze zur Verfügung gestellt. Ingesamt wurden bis jetzt im Laufe dieses Jahres auf diese Weise 15.500 Karten verausgabt. Auch für die erwerbslosen Mitglieder der Volksbühne selbst wurden Freitarten in erheblichem Umfange bereitgestellt. D.

## Rossini: „Angelina“.

### Städtische Oper.

Diese Rossini-Oper, geschrieben kurz nach dem „Barbier von Sevilla“ und in ebenso abenteuerlich kurzer Zeit wie dieser, ist schon vor mehr als 100 Jahren in Berlin gegeben worden. Nun erscheint sie, neu entbedt, von Hugo Röhrer neu bearbeitet, auf der städtischen Opernbühne.

Die Handlung spielt „teils im Palaste des Don Magnifico, teils in einem prächtigen Lustschlosse des Prinzen“. Prinz und Adelsbrüder. Don Ramiro zieht die arme Angelina zu sich empor, er macht sie zur Prinzessin von Salern; die dummen, bösen Stiefschwester haben das Nachsehen. Dabei hat es viel Verwicklungen und lustige Verkleidungen gegeben: der Prinz als Stallmeister; der Kammerdiener als Prinz; der prinzipale Erzähler als Bettler. Mit einem Wort, es wird uns nicht ganz leicht, uns für die Sache zu interessieren.

Musik von Rossini. Seine leichte Hand, sein beweglicher Geist, seine Melodik, Schreibweise, Saitkunst sind nicht zu verkennen; beim ersten Hören klingt es streckenweise zum Verwechseln wie aus dem „Barbier“. Es mag noch viel solcher Rossini-Opern geben. Aber der Glücksfall des Genies läßt sich so wenig wie sein Erfolg wiederholen. Wir dürfen keinen zweiten „Barbier“ erwarten. Und für unsere Opernbühnen wird „Angelina“ keiner werden.

In der Titelrolle hat Lotte Schöne Annuit und gesungliche Ueberlegenheit. Neben ihr in Hauptrollen Elisabeth Friedrich, Paul Feher, Gerhard Hübsch, Eduard Rands. Unter Denzlers Leitung wird sehr sauber musiziert. Otto Kraus bemüht sich, nicht immer mit Glück, um sozusagen moderne Regieeffekte. Viel Beifall. K. P.

## Ivonne Georgi und Harald Kreuzberg

### Tanzmatinee im Theater am Bülowplatz.

Das Tänzerpaar Ivonne Georgi und Harald Kreuzberg beweist in allen Darbietungen tänzerische Kultur und sicheres Gefühl für Bühnenwirkliche Formen. Bei beiden ist eine gewisse Reizung zur dekorativen Gestaltung vorhanden. Sie wirkt sich besonders in den Solotänzen aus. Der tänzerische Ausdruck strebt hier fast immer nach einer möglichst großen Geste. Die Gefühlswerte werden bis ins letzte formuliert, zu Tanzmotiven umgestaltet. Harald Kreuzberg



Wilhelm Bock-Gotha.

der langjährige frühere Alterspräsident des Reichstags, vollendet morgen, Dienstag, sein 85. Lebensjahr. Genosse Bock steht fast zwei Menschenalter in der sozialistischen und der Gewerkschaftsbewegung. Schuhmacher von Beruf, war er jahrzehntelang Redakteur des Fachorgans, das er unter vielen Schwierigkeiten auch durch die Zeit des Sozialistengesetzes hindurchführte. Als junger Mann hatte Bock schon Gelegenheit, den ersten Einigungskongress der beiden sozialistischen Parteien, der Vossaleaner und der Eisenacher, im Jahre 1875 in Gotha vorzubereiten und zu eröffnen. Auch dem Einigungskongress von Nürnberg 1922 konnte Bock mit dem fast gleichaltrigen Genossen Wilhelm Pfanntuch durch symbolischen Handschlag das Gepräge geben. Wir wünschen dem alten Kämpfer noch recht lange seine bisherige Gesundheit und geistige Frische!

tanzt so einen „Engel der Verkündigung“. Die brennende Blut himmlischer Verkündigung preßt er nicht zusammen in erdenabgewandter Feierlichkeit; er löst sie auf in einem hingereiften, hinreichenden Tanz, der mit seinen weiten Linien die Bühne erfüllt. Ein „Königstanz“ brachte diesen Stil besonders wirksam zur Geltung. Motive von temperamentvoller Kraft und hoher Würde glitten hinein in leere, gespreizte Formeln, die den Sinn des Tanzes erfahnen, wandelten sich wieder zurück; sie blieben immer charakteristisch, wurden nie in billige, naheliegende Groteske übersteigert. Sehr hübsch waren die „Drei Stücke im spanischen Stil“, in denen Kreuzbergs Tanz stärker eine persönliche Note hervorkehrte. Die tänzerische Gestaltung wurde hier anspruchsloser — im Ausdruck, nicht etwa im Technischen —, dafür wärmer. Ivonne Georgi wirkt am stärksten, wenn sie ihrem Temperament keine Fesseln anlegt, wenn sie sich selber tanzt, heiter, leidenschaftlich, hingebungsvoll. Ihre eindrucksvollste Einzeldarbietung wurde der „Festliche Tanz“.

Das Beste aber ihrer Kunst geben beide Tänzer in ihren Duetten. Das Grundmotiv entwickelt sich hier merkwürdigerweise nie aus der Polarität, sondern stets aus einer fest verbundenen Gemeinsamkeit, die immer wieder in den wunderlichsten Formen variiert wird. Diese Variationen wirken immer neu, überraschen immer wieder in ihrer endlosen Fülle und in ihren Steigerungsmöglichkeiten. Die „Pavane“, der „Walzer“, der „Romantische Tanz“ waren die Glanznummern des Programms. — z.

## „Ich heirate meinen Mann.“

### U. Z. Kurfürstendamm.

„D-Zug 13 hat Verspätung“ in des Wortes vollster Bedeutung: denn die Zensur beanstandete ihn und seine Uraufführung mußte verschoben werden. Als Rückfänger benutzt man den Film „Ich heirate meinen Mann“. Technisch befriedigt er nicht, da die Kopie mehr als einmal einen verregneten Eindruck machte. Aber alle Zuschauer, die die Welt des Scheins lieben und für ein bißchen Erotik schwärmen, können voll auf ihre Kosten. Damit ein vielseitiger Komponist vor seinen Verehrerinnen Ruhe hat, übernimmt ein Freund seine Rolle. Er hat aber das Bede, auf einer kleinen Station, wo er seinen Zug verläßt, mit einer jungen Dame statt vor dem Hoteldirektor vor den Standesbeamten zu geraten. Das Paar, der Landesprache unkundig, wird miteinander verheiratet. Schließlich findet sie den Weg zum Herzen des Komponisten, der schon ihr verheiratet angestauter Mann ist.

Der Regisseur E. M. Emo liebt bei übersteigert Eleganz eine gerade nicht aufregende, aber immerhin ulkige Theaterregie. Hin und wieder läßt er Schläger singen, wobei für ihn die schlangenförmigen Beine der Damen wichtiger sind als die Singstimmen.

Die Hauptrollen sind bei Trude Berliner, Igo Sym, Kurt Bepsermann und Ezöle Szakall sehr gut aufgehoben. e. b.

## „Der ferne Klang.“

### Neueinführung in der Lindenoper.

Wie wenige Lebende hat Franz Schreker, der dichende Musiker, die Bounen des Erfolgs, das Auf und Ab der Konjunktur an seinem Werk erfahren. Aber es war ein Unrecht, seinen Namen vom Spielplan der Berliner Oper ganz verschwinden zu lassen. Nun nimmt die Staatsoper den „Fernen Klang“ wieder auf, der vor zwei Jahrzehnten eine Sensation der Musikwelt und dessen Berliner Premiere vor sechs Jahren ein bedeutendes Opernereignis war.

Zur Hälfte kinohafter Roman einer Gefallenen, zur anderen, besseren Hälfte ein persönliches Bekenntniswert, Tragödie des jungen Künstlers, vor dem das Leben mit all seinen Lodungen und Gefahren liegt, wie der junge Schreker es vor sich sah, als er diese seine erste Oper schrieb. Jener ferne Klang, nach dem sie heißt, verdichteter Nachklang des Impressionismus, jenes seltsam erregende Klingens, erzeugt aus visionärer Sehnsucht und technischer Spekulation, ist der Grundton des späteren Schreker geworden.

Noch viel des Wertvollen ist in diesem Werk, dessen Schöpfer, überragender Köhner in seinem Stil, heute vereinzelt und ein bißchen vereinsamt an seinem Platz steht. Die von Kleiber und Hörth geleitete Aufführung, mit Violetta de Strozz und Fritz Wolff in den Hauptrollen, bringt alles Wesentliche zu sehr eindringlicher Wirkung. K. P.

## Das Märchenland im Norden.

Dr. Alfred Guttman schreibt uns:

„Ich schließe keine Mäwe tot,  
ich laß sie alle leben —  
und füttere sie mit Roggenbrot  
und röstlichen Zibeben...“

So hat Christian Morgenstern die Mäwen, die alle ausfähen, „als ob sie Emma hießen“, besungen und ich werde in der Besprechung über meinen Film beschuldigt, eine „erschossene“ Mantelmäwe zu zeigen — ich, der ich niemals auf ein lebendes Wesen einen Schuß abgefeuert habe! Nein, meine Mantelmäwe hat sich selber gemordet, indem sie futtertlerig der Hühnermama, die meine jungen Bildgänse ausgebrütet hatte, das Fressen wegnehmen wollte und sich dabei in den aufgespannten Schuhnehen verking und selbst erschosselte. Uebrigens — wie soll man an einer lebenden Mantelmäwe die Flügelspannweite zeigen? Die Tiere sind ja so scheu, daß es nicht einmal Bengt Berg, dem berühmten Filmmann und Tierkenner, gelungen ist, eine Mäwe zu jähmen.

Wilhelm Busch wird verfilmt. Die Ufa beabsichtigt, Zeichentrickfilme nach Wilhelm Busch herzustellen. Es ist in Aussicht genommen, die Wilhelm-Busch-Zeichnungen original zu verwenden und ebenso auch die Legie. — Merkwürdig, daß man erst jetzt darauf verfällt, diesen geborenen Filmmäster zu verfilmen!

Im Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, spricht Mittwoch, 6 Uhr, bei freiem Eintritt Prof. Komme über das Tierparadies von Wolania Nooa.

Die 2. allgemeine Vogabunden-ausstellung wird am 1. Mai 11 Uhr, Bahnhofsstraße 39 am Hiltbergplatz eröffnet. Die Aussteller sind Vogabunden der Landtruppe ohne künstlerische Schulung. Die Ausstellung ist täglich von 10—20, Sonntag von 11—12 Uhr geöffnet.

## Wasser um Wilna.

### 150 Häuser unter Wasser. — 2000 Obdachlose.

Warschau, 26. April.

Die Ueberschwemmungskatastrophe im Wilnaer Gebiet nimmt noch an Umfang zu. Besonders schwer ist die Stadt Wilna betroffen. Der Wilja-Fluß hat einen Staud von etwa 9 Meter erreicht. Den Anstrengungen der aufgebotenen Truppen ist es nicht gelungen, das Elektrizitätswerk, das nur einige hundert Meter vom Ufer des Flusses entfernt ist, vor den Fluten zu schützen. Der ausgerichtete Damm wurde durchbrochen und die Wassermassen drangen in den Turbinentraum ein, so daß die Maschinen stillgelegt werden mußten. Ganz Wilna ist ohne Licht. Nunmehr sind auch die höher gelegenen Stadtviertel in Gefahr. Drohend umspülen die Fluten die alte Wilnaer Kathedrale. Hoher sind allein in Wilna mehr als 150 Häuser unter Wasser. Ungefähr 2000 Personen sind obdachlos geworden. Der Arbeitsminister, General Hubicki, begab sich am Sonntag nach Wilna, um dort über die weitere Maßnahme zu beraten.

Auch im Grodnoer Bezirk, wo der Njemen aus den Ufern trat, sind mehrere Orte überschwemmt worden.

## Madrid und Barcelona.

### Verhandlungen am Sonntag.

Madrid, 27. April.

Ministerpräsident Zamorra und Wirtschaftsminister d'Olivier sind am Sonntag in Barcelona, von einer gewaltigen Menge jubelnd begrüßt, eingetroffen und auf dem Bahnhof vom Oberst Macia, dem katalanischen Regierungschef, empfangen worden. In einer Rede vom Balkon des Regierungsgedäudes sprach Macia Worte der Freundschaft und der Zuversicht auf befriedigende Vereinbarungen. Am Abend fuhren die Minister nach Madrid zurück.

Ein arbeitsloser Deutscher, der sich inmitten der Menge befand, glaubte angeblich, daß man ihm seine Geldtasche gestohlen hatte. Er griff schnell nach der Tasche, worauf die Umstehenden dachten, er wolle den Revolver ziehen. Die Menge fiel sofort über ihn her und hätte ihn getötet, wenn nicht die Polizei eingegriffen hätte.

## Stadtgemeindeauschuß am 7. Mai.

Oberbürgermeister Dr. Schum halte am Montagvormittag die Führer der Stadtverordnetenfraktionen zu sich gebeten, um als Vorsitzender des Stadtgemeindeauschusses mit ihnen über die Aufnahme der Arbeiten dieses Ausschusses zu verhandeln. In dieser Sitzung wurde eine Verständigung über die Durchführung der Sitzungen des Stadtgemeindeauschusses erzielt. Die erste Sitzung des Stadtgemeindeauschusses soll am Donnerstag, dem 7. Mai, nachmittags, stattfinden, die nächste Stadtverordnetenversammlung wird zum Dienstag, dem 12. Mai, einberufen werden.

Eine Falschmeldung. Ein Berliner Montagsblatt bringt eine Meldung, die den Eindruck erweckt, als habe die preussische sozialdemokratische Landtagsfraktion sich mit der Volkspartei des neunfachen Todesurteils gegen Peter Kürten einverstanden erklärt. Das ist nicht der Fall. Die preussische Landtagsfraktion hat bereits im Februar bei der Beratung des Justizhaushalts durch ihren Sprecher, Genossen Ernst Heilmann, klar zum Ausdruck gebracht, daß auch der Fall Kürten an ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Todesstrafe nichts ändere.







# Moderne Neger im Kampf

## Afrikanische Perspektive von P. Skawran

Man kann sich auch heute noch nicht unter dem Regier der Union eine einheitliche Erscheinung vorstellen, und es werden noch viele Jahrzehnte vergehen, bis das möglich sein wird. Heute — mehr denn je — schieben sich trennende Momente zwischen die Reger als Individuen und als Gemeinschaften. Zu den alten Stammesfeindschaften haben sich solche wirtschaftlicher Natur gefügt. Innerhalb der Stämme taten sich Klüften auf, die früher infolge der gleichartigen Beschäftigung (Landwirtschaft) nie bestanden, und eine große Anzahl von Regern lebt heute überhaupt außerhalb der Stammesgemeinschaft. Dazu kommen die Komplikationen, die durch das Aufsteigen von Mischlingen — die bei weitem seltener sind, als man sich in Europa vorstellt — und Indiern hervorgerufen werden, da diese eine Mittelstellung zwischen Schwarz und Weiß einnehmen.

### Die heutige Form der Stammeskämpfe.

Unter der Vermaltung der Europäer sind die vernichtenden Stammeskämpfe, wie sie zur Zeit Tschallas üblich waren, unmöglich gemacht worden, obgleich die verschiedenen Stämme innerhalb der Union noch in Reservaten (Bondoland, Transkei usw.) und halb selbstständigen Staaten (Basotho- und Swasi-Land) zusammenleben. Es ist ganz zweifellos, daß in dieser Hinsicht die Herrschaft der Weißen diesen kleinen Regerstämmen zum Segen gediehen ist. Denn wie stark auch heute noch der Haß zwischen den Stämmen ist, kann man aus den häufigen Kämpfen in den „Minencompounds“ ersehen, von denen die Zeitungen immer und immer wieder berichten. In diesen Compounds (Lagern) werden Reger aller Stämme für die Zeit ihres Arbeitsvertrages untergebracht. Bei jeder Gelegenheit nun — alkoholdurchtränkte Feiertage werden dabei benutzte — kommt der alte Stammeshaß wieder zum Durchbruch. Und es ist selten, daß so ein Kampf ohne Tote ausgeht. Nachdem Weihnachten 1930 ein solcher Streit mühsam durch Polizei unterdrückt worden war, brach er am folgenden Tage während der Arbeit unter der Erde in den Minenstellen wieder los. Nur dadurch, daß es in der Union selbst verboten ist, Messer (Speere) zu tragen, wird größerer Blutergießen verhindert.

In Swasi- und Basotho-Land bemüht man dagegen den Alkohol wie in Bayern das Bierkrügerl. Ich bin dort manchem schwarzen Strafgefangenen begegnet, der von seinem Mannesrecht, Speere zu tragen, zu weitgehendem Gebrauch gemacht hat.

Der Europäer darf nie vergessen, daß der afrikanische Reger eine Entwicklung, zu der wir Weißen ziemlich 2000 Jahre brauchten, häufig in wenigen Monaten und Jahren durchmacht. Dabei nimmt er natürlich nur das äußerliche der weißen Zivilisation an. Innerlich bleibt er ein Wilder. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Amalaita.

### Die Amalaita.

Es wird vielfach angenommen, daß sie eine Art Geheimklub sind. Allem Anschein nach sind die Amalaita aber nichts als Gruppen von halbwüchsigen Regern, die — in den Städten frei von der strengen Stammeszucht — ihr Flegelalter in sehr primitiver Form abregieren. Sie halten abends schwarze Mädchen auf der Straße an und schlagen oder stechen sie nieder, wenn sie ihnen nicht zu Willen sind. Aber auch erwachsene männliche Reger, selbst Europäer, sind oft genug schon Opfer dieser halbwildem Horden geworden. Erst vor wenigen Tagen wurde vor meiner Tür ein halbtoter Reger aufgefunden. Der Ambulanzführer erzählte mir, daß dies bereits der vierte schwerverwundete Reger sei, den er an diesem Abend ins Hospital einlieferte.

(Man kann die Taten der Amalaita psychologisch nicht ohne weiteres mit denen halbwüchsiger Nationalsozialisten und Kommunisten gleichsetzen, obgleich sie äußerlich viel miteinander gemein haben. Bei jenen handelt es sich mehr um von Kellern — unter geschickter Ausnutzung der Labilität der Pubertierenden — künstlich aufgeputztes Kraftbewußtsein unter normalen Umständen harmloser, durch Großstadtleben verbrauchter Jugendlicher. Bei den Amalaita ist es die ungezügelte und unzügelbare Kraft des unerbauten Wilden, die während der Pubertätszeit selbst die Furcht vor Geleg und Strafe überwindet. Strafe, die hier für den Schwarzen — im Vergleich mit dem, was den mordenden Nazis in Deutschland erwartet — unendlich hart ist. Zum Beispiel Peitschenhiebe auf den nackten Rücken.)

### Der Wirtschaftskampf.

Mit dem Wachsen der Großstädte in Südafrika, das bisher wesentlich durch Gold- und Diamantenindustrie bedingt war, hat sich allmählich auch ein schwarzes Proletariat entwickelt. Es ist noch verschwindend klein im Verhältnis zu der auf dem Lande lebenden Masse der Eingeborenen. Auf 888 177 in Städten lebende Reger kommen 4 520 015 schwarze Landbewohner, und wenn wir Swasi- und Basotho-Land einrechnen, sogar 5 131 044.

Der Kampf der schwarzen Bauern geht hauptsächlich gegen den sogenannten „Landbill“ von 1913, der es ihnen in den meisten Teilen des Landes unmöglich macht, Land zu erwerben. Da sie noch weit von einer organisatorischen Zusammenfassung entfernt sind, wird ihr Kampf mehr von Institutionen als dem „Bereinigten Rat von Europäern und Eingeborenen“ und den Eingeborenen-Gewerkschaften geführt.

Von den verhältnismäßig wenigen in Städten lebenden Regern ist der größte Teil Hausbedienstete, während der Rest Boten und ungelernete Arbeiter sind. Tatsächlich wird es dem Eingeborenen heute noch unmöglich gemacht, ein Handwerk oder Gewerbe zu lernen. Alle gelernten Berufe, selbst einige der ungelerneten, sind für die Europäer reserviert. Der Unterschied zwischen den Löhnen der weißen und der schwarzen Arbeiter ist daher sehr beträchtlich.

Dieser Tatbestand ist natürlich teilweise dadurch berechtigt, daß der Weiße, zumal wenn er von Europa eingewandert ist, unmöglich so primitiv leben kann wie der Reger. Der Reger ist gewöhnt, fast ausschließlich von Nahrung zu leben; ihm sind die abgetragenen Anzüge seines „Boos“ elegante Anzüge, wenn er an die Lumpen zurückdenkt, die er im Kraal trug (wenn es nicht nur ein Lendenschurz war) usw. So ist der schwarze Arbeiter ein äußerlich gefährlicher Konkurrent des Weißen. (Wohnliche Gegenstände haben in Botswana, wo es sich um weit geringere Zivilisationsunterschiede handelt, zu regelrechten Kämpfen zwischen arabischen und jüdischen Arbeitern geführt.) Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sich die weißen Arbeiter bisher energisch ge-

weigert haben, Reger in ihre Gewerkschaften aufzunehmen. Die Reger haben daraufhin im Januar 1919 ihre eigene Gewerkschaft (N.C.U., das heißt Industrial and Commercial Workers Union of Africa) gegründet. Diese Gewerkschaften sind ihrer Organisation nach wesentlich von den europäischen verschieden. Während die europäischen Gewerkschaften hauptsächlich nach gelernten Berufen organisiert sind, gilt der Beschäftigungszweig des ungelerneten Arbeiters als Einteilungsprinzip bei den Gewerkschaften der Eingeborenen.

Auch geistlich hängen die Eingeborenen-Gewerkschaften auf einer anderen und wesentlich ungünstigeren Basis als die der Europäer. Für sie gilt noch, daß der Streit eine ungesetzhafte Maßnahme ist, die mit Geldstrafe oder Einkerkung, verbunden mit Zwangsarbeit, geahndet wird.

Trotz dieser erschwerenden Umstände breitet sich die N.C.U. von kleinen Anfängen allmählich aus. Und unter der Leitung eines der besten Organisatoren der englischen Gewerkschaften wird sie sich bald zu einer umfangreichen und tatkräftigen Organisation entwickeln.

Politisch besitzt der Eingeborene praktisch keine Rechte. Er hat

keine direkte Vertretung im Parlament und ist auch nicht berechtigt, politische Parteien zu bilden.

Teilweise ist daher — natürlich aus Mangel an Erfahrung — die N.C.U. für politische Ziele eingetreten, zum Beispiel für die Beteiligung des Wahlwesens, nach dem jeder männliche Eingeborene in städtischen Distrikten seinen Paß allmonatlich bei der Polizei vorweisen muß. Im allgemeinen ist der Eingeborene politisch völlig der Gnade der Weißen ausgeliefert, und die neuen Eingeborenen-Gesetze geben ihm nicht einmal die Hoffnung, daß er bei fortschreitender Zivilisation das Wahlrecht erwerben kann. Hier ist der schwächste Punkt in dieser Gesetzgebung, der in seiner Einseitigkeit sicher einmal zu einer vollständigen, vielleicht sogar gewalttätigen Revision des Gesetzes führen wird, die man vermeiden könnte, wenn man den — jetzt sicher noch unentwickelten — Reger als einen sich entwickelnden Menschen und als ein notwendiges Mitglied des süd-afrikanischen Staates ansieht. Aber besonders in der letzten Frage nimmt die augenblickliche Regierung den den Tatsachen widersprechenden Standpunkt ein, daß ein weißes Südafrika möglich ist.

# Wieviel Monate hat das Jahr?

## Der Streit um die Kalenderreform

Im Juni vorigen Jahres bildete die Reichsregierung auf Ersuchen des Völkerbundes ein Studienkomitee zur Prüfung der Frage einer Kalenderreform. Das Komitee hat vor wenigen Tagen seinen Bericht fertiggestellt und nach Genf an den Völkerbund des Reiches geschickt. Dieser hatte keine bestimmte Stellung genommen, aber doch aus der Fülle der Reformvorschläge, die bei ihm eingegangen waren, die meisten abgelehnt wegen zu unwälzender Änderungen des gegenwärtig geltenden gregorianischen Kalenders und wegen vollständigen Brechens mit historischen Ueberlieferung und tausendjährigen Gewohnheiten. 3 Vorschläge, die statt der sieben-tägigen Woche eine nur sechs- oder gar fünf-tägige einführen wollten, ferner solche, die Gemeinjahre zu 52 Wochen, d. h. 364 Tage, und in größeren Zwischenräumen Schaltjahre zu 53 Wochen, d. h. 371 Tage, befürworteten, und ähnliche.

Im wesentlichen unterbreitete der Völkerbund zwei Gruppen von Vorschlägen zur weiteren Erörterung. Beide wünschen einen Tag des Jahres, in den Schaltjahren zwei, aus dem ungestörten Wochenablauf herauszunehmen und als Planatage ohne Wochentagsnamen in der Mitte oder am Ende des Jahres einzulegen, wodurch erreicht würde, daß ein Datum in jedem Jahre wieder auf denselben Wochentag fällt. Weiter setzt sich die Vorschlagsgruppe, für welche eine Internationale Liga unter Führung des Amerikaners Coatsworth unter Aufwendung sehr erheblicher Geldmittel eine ausgebreitete Propaganda betreibt, für einen Kalender von 13 Monaten zu je 4 Wochen oder 28 Tagen ein, wodurch auch jedes Monatsdatum auf denselben Wochentag fallen würde, während die andere Gruppe von Vorschlägen an den 12 Monaten festhalten will und nur gleich lange Vierteljahre wünscht mit je 1 Monat zu 31 und je 2 Monaten zu 30 Tagen, wodurch jeder Monat 26 Werktage und 4 bzw. 5 Sonntage erhalten würde. Zur Propagierung dieses von Dr. Blochmann sorgfältig durchgearbeiteten Vorschlags hat sich in Kiel eine „Gesellschaft zur Förderung der Blochmannschen Kalenderreform“ gebildet, die dem verarmten Deutschland entsprechend freilich mit viel geringeren Mitteln arbeitet als die oben erwähnte internationale Liga.

Die Fragen, die das deutsche Studienkomitee an die verschiedenen Verwaltungen und Organisationen aus den Kreisen von Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr usw. richtete, betrafen außer der Frage der 12 oder 13 Monate auch die, ob eine Kalenderreform überhaupt für notwendig gehalten wird, und ferner, ob die Festlegung des Osterfestes auf ein bestimmtes Datum wünschenswert sei. Die erste Frage ist von neun Zehntel aller befragten Organisationen zu stimmend beantwortet, die letztere fast einstimmig bejaht worden, auch von denjenigen, die im übrigen eine Kalenderreform nicht für wesentlich oder wichtig erachten. Auch die evangelischen Kirchen haben sich dafür ausgesprochen, während die katholische Kirche dem Studienkomitee eine Antwort nicht hat zukommen lassen. Doch mag hier bemerkt werden, daß der päpstliche Stuhl den Völkerbundsausschuß hat wissen lassen, daß er nicht in der Lage sei, von der mehrtausendjährigen durch ein Konzil (das von Nikäa im Jahre 325) festgelegten Art der Bestimmung des Osterfestes abzugehen, es sei denn auf Grund der Befürwortung durch ein Konzil. Diese Stellungnahme des Papstes erschwert die Durchführung einer Kalenderreform, die ja nur Wort hat, wenn man zu einem einheitlichen Weltkalender gelangt, ganz gewaltig, aber macht sie immerhin nicht unmöglich; man könnte trotzdem die Jahreseinteilung reformieren und es der Kirche überlassen, die Lage ihrer Feste in dem neu eingeteilten Jahr zu bestimmen.

Nach dem Bericht des deutschen Studienkomitees hat sich nun eine große Mehrheit für den 12-Monate-Kalender ausgesprochen, aber doch eine beträchtliche und beachtliche Minderheit (über ein Drittel der Stimmen) auch für den 13-Monate-Kalender. Zu dieser Minderheit gehört die Eisenbahnverwaltung, das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und die meisten Arbeiterorganisationen, zu der Mehrheit die Postverwaltung, die Beamtenverbände und Lehrerverbände, die Schulverwaltung und die meisten Vertretungen von Handel, Industrie und Landwirtschaft.

Das Komitee schließt aus seiner Tätigkeit und den erhaltenen Antworten, „daß trotz der vordringlicheren Fragen, die sich aus den Schwierigkeiten unserer derzeitigen wirtschaftlichen Lage ergeben, ein lebhaftes Interesse an einer Reform des jetzigen gregorianischen Kalenders in der deutschen Öffentlichkeit vorhanden ist“. Dieses Interesse hat sich ja auch schon seit fast hundert Jahren in den verschiedensten Ländern in immer wiederholten Eingaben von Handelsorganisationen, Handwerkerkammern, Landwirtschaftskammern usw. an ihre Regierungen gezeigt, worin sie um die Initiative zur Abhilfe der immer schwerer empfundenen Mängel des gegenwärtigen

Kalenders mit seiner Ungleichheit der Monate, Viertel- und Halbjahre, seiner von Jahr zu Jahr wechselnden Veränderlichkeit und der Beweglichkeit der kirchlichen Feste bitten.

Freilich kann das Interesse bei den viel lebenswichtigeren Fragen, welche uns heute bewegen, nicht in der wünschenswerten Weise öffentlich bekundet und erregt werden. Deshalb hat das Komitee sich wohl auch mit der Befragung von Organisationsvertretern begnügt, die nicht immer die Meinung der von ihnen vertretenen in Versammlungen einholen konnten. Das gilt wohl namentlich auch von den Arbeiterorganisationen, die sich nach dem Bericht in der Mehrzahl für den 13-Monate-Kalender ausgesprochen haben, obwohl ihm doch der große Mangel anhaftet, daß die Viertel- und Halbjahresanfänge nicht mit Monatsanfängen zusammenfallen können, daß daher Viertel- und Halbjahresabschlüsse und -abrechnungen nicht durch einfaches Zusammenzählen von Monatsabrechnungen sich ergeben, sondern gesondert angestellt werden müssen, wodurch sich eine nicht unerhebliche Mehrarbeit ergibt, während der reformierte Kalender doch eine Erleichterung und Vereinfachung der Arbeit bringen soll. Auch daß dreizehn Monatsabschlüsse notwendig werden statt der bisherigen zwölf, erfordert eine Mehrarbeit von über 8 Proz. Deshalb scheint mir, daß auch die Arbeiter, wenn sie erst mit den Einzelheiten der Frage sich beschäftigen werden, in ihrer überwiegenden Anzahl den 13-Monate-Kalender verworfen und sich dem Blochmannschen Vorschlag anschließen werden, der wohl auch schließlich im Völkerbund Anerkennung erlangen wird.

Dr. Bruno Borchardt.

## Zu den drei Geigen

Die Wirtschaft heißt „Zu den drei Geigen“ und liegt in der Kleinfeldner Nerudagasse zu Prag in Böhmen. Die Wirtin heißt Marie Morancé — und es ist alles wie im alten Studentenvers: „Frau Wirtin sitzt am Ofen, die Gäste um den Tisch herum, dem Wein will niemand foosen!“ Denn der Wein, das ist zuzugeben, ist schlecht; und die Stammgäste lieben gute Weine. Warum also, muß man hier fragen, sitzen die Stammgäste dennoch da? Nun, gerade heraus: der Frau Wirtin wegen. Also ist Frau Wirtin jung, hübsch, schlant? Mit nichten: Frau Wirtin hat den doppelten Umfang der weiland Kathi Kobus aus München, hat das mittlere Alter von sechszwanzig Jahren, hat kein Haar mehr auf dem Kopf und deshalb eine Perücke. Rein, Jugend und Schönheit hat Frau Wirtin nicht; aber mein Gott, man ist so materialistisch heutzutage und so bescheiden, und deshalb genügt es, daß Frau Wirtin eben — ihre Wirtschaft hat, um sie begehrenswert erscheinen zu lassen. Und es begehrt sie der ganze Stammtisch, nur diese Begierde hat ihn zusammengeführt, und deshalb sieht er auch so bunt aus: Ein Kaufmann, zwei Doktoren, ein Offizier, ein Diener, ein Chauffeur und gleich drei Grundbesitzer. Frau Wirtin hat erreicht, was andere Leute noch umsonst erstreben: den Ausgleich der Standesunterschiede.

Manchmal geschieht es auch, daß Frau Wirtin vom Ofen an den Tisch rückt. Dann leuchtet sie manchmal, und oft erzählt sie, wie gut es ihr Seliger als Wirt zu den drei Geigen gehabt hat, und wie umgekehrt die drei Geigen einen männlichen Führer nötig hätten, von ihr, der Frau Wirtin, nicht zu reden, besonders wo heute alles so sehr schwer ist. . . . Dann lauschen die Stammgäste und legen sich argwöhnisch an, und jedem hängt der Himmel voller drei Geigen; und eigentlich ist es verwunderlich, daß alle die Gastwirtsaspiranten sich so gut miteinander vertragen.

Halt — leider muß es gesagt werden: vertragen haben. Denn es geschah, daß sich zwei der Stammgäste, der Diener und der Offizier, in einer anderen Kneipe trafen. Und da sagte der Diener: „Ich finde, der Wein ist hier besser als in den ‚Drei Geigen‘.“ Und der Offizier antwortete: „Lassen Sie's gut sein! Wenn ich erst Wirt von den Drei Geigen bin, wird es besseren Wein geben.“ Und da fragte wiederum der Diener: „Wieso werden Sie da Wirt werden?“ Und da antwortete wiederum der Offizier: „Weil ich mit Frau Marie Morancé verprochen bin, und weil ich schon zehntausend Mark zur Sanierung des Geschäfts gegeben habe.“ Hier aber griff der Diener sich an die Kehle und sagte schließlich: „Ich bin auch mit ihr verprochen, aber ich habe nur dreitausend gegeben.“

Frau Wirtin ist verhaftet, der Stammtisch zertrüben. Der Freier waren es neun gewesen: ein Kaufmann, zwei Doktoren, ein Offizier, ein Diener, ein Chauffeur und gleich drei Grundbesitzer; also sozusagen ein ganzer — Stammtisch. . . . Der an Frau Wirtin gezahlten Chevorkehrungsgelder aber waren insgesamt einhundertundvierzigtausend. Die Schlägerei zwischen einigen der Gäste verlief verhältnismäßig harmlos; nur eine hohe Beule zeugt von verblühender Pracht.



# Berlin sendet:

## Sprechstunden am Mikrophon

Man spricht von „trockener“ Jurisprudenz. Justizrat Professor Heilfron hat den Hörern des Berliner Senders aber längst bewiesen, daß die Beschäftigung mit rechtswissenschaftlichen Fragen alles andere als langweilig und trocken sein kann. Seine Besprechungen der „Rechtsfragen des Tages“ gehören sicher zu den beliebtesten Veranstaltungen des Berliner Senders. Diese Feststellung klingt selbstverständlich. Es handelt sich hier ja schließlich nur um eine Auskunftsstunde, in der rasch und sachlich juristische Alltagsprobleme abgehandelt werden. Aber die Zahl der Hörer dieser Veranstaltung übersteigt bestimmt die Zahl der Fragesteller um ein Vielfaches, auch wenn man die Angabe Professor Heilfrons berücksichtigt, daß er jedesmal höchstens ein Fünftel der ihm gestellten Fragen in dieser Stunde beantworten kann, und wenn man dabei noch in Rechnung stellt, daß ja jeder besprochene Einzelfall Auskunft auf viele gleiche Anfragen bedeutet. Diese „Sprechstunden“ Professor Heilfrons werden angeordnet wie ein interessanter, endloser Vortragszyklus. Der Hörer weiß nur sehr ungenau, welches Thema behandelt wird. Eine zeitgemäße Anfrage, ein wichtiges Gerichtsurteil, die Bekanntgabe irgendeiner Verordnung kann Veranlassung werden, daß ein ganz anderes Thema zur Sprache kommt. Der Kreis, der direktes Interesse an allen diesen Dingen hat, ist nicht immer besonders groß; die Zahl derer, die voraussehen, ob eine dieser Stunden ihnen persönlich wichtige Aufschlüsse geben wird, dürfte sehr beschränkt sein. Und doch bildet eine große Anzahl von Männern und Frauen verschiedensten Standes und verschiedensten Alters die treue Hörerschaft dieser Vortragsfolge.

Diese Tatsache wird von zahlreichen Hörergemeinschaften bestätigt; sie ist auch der Funktion der bekannt, die Professor Heilfron einmal einen ihrer besten Redner vor dem Mikrophon nannte. Was beweist das aber für die Funkhörer? Daß sie interessiert sind an allen Fragen des Tages und der Aufdeckung ihrer Zusammenhänge und es gar nicht merken, wenn sie sich dabei mühselig durch wissenschaftliches Dickschindeln hindurcharbeiten müssen. Es kommt nur darauf an, verständlich zu ihnen zu sprechen und sie zur Mitarbeit anzuregen. Gerade diese letzte Eigenschaft besitzt Professor Heilfron in besonderem Maße; sie ist bei seinen Vorträgen wichtiger als seine rednerische Begabung, die bei der Art seiner Auskunftserteilung kaum zur Geltung kommt. Professor Heilfron hat mit seinen „Rechtsfragen des Tages“ eine Art Arbeitsgemeinschaft geschaffen, die ihre Teilnehmer zwar nicht zu Juristen, aber zu juristisch interessierten und logisch denkenden Menschen heranbildet. Der Hörer hat Freude an dieser geistigen Zusammenarbeit, die seinen Gesichtskreis vergrößert, ihn an Aufgaben seinen Scharfsinn erproben läßt, und die ihm auch, wenn es nötig ist, Hilfe in persönlichen Angelegenheiten gewährt. Immer fühlt er, daß ihm am Mikrophon ein Mensch gegenübersteht, der genau so lebendig im Tag steht wie er selber und der, während er zu Hunderttausenden spricht, sich mit jedem persönlich zu unterhalten scheint, weil er dabei nie eine imaginäre Masse, sondern stets den Menschen mit seinen Sorgen und seinem Wissensdurst vor sich sieht.

Die Stunden für diese Veranstaltungen sind immer zu kurz. Das Gespräch muß mitten drin abgebrochen und der Schluß beim nächsten Male nachgetragen werden. Dieser Verzicht auf jede formale Rundung der einzelnen Veranstaltung zugunsten ihres wesentlichen Inhalts erhöht den Eindruck der Unmittelbarkeit dieser Aussprache. Die Funktion hat in dieser Rechtsberatungsstunde, die scheinbar nebenher im Programm mitschläft, den Kontakt zum Hörer, den Kontakt zum Leben gefunden, den man in der Gesamtheit ihrer Darbietungen noch immer so schmerzlich vermisst.

### Der Hörer als Mitarbeiter.

Sie sollte aus diesem Erfolg lernen. Sie sollte vor allen Dingen viel stärker, als sie es bisher tut, den Hörer zur Mitarbeit heranziehen, und zwar in ähnlichen Aussprachestunden. Dazu ließe sich in erster Linie die „Sprechstunde vor dem Mikrophon“ ausbauen. Fragen, die sich zur Behandlung vor dem Mikrophon nicht eignen, weil sie zu persönliche oder zu belanglose Dinge zum Inhalt haben, müßten, wie in der juristischen Sprechstunde, schriftlich beantwortet werden. Nur Probleme von allgemeiner Bedeutung dürften zur öffentlichen Behandlung oder Diskussion kommen. Der Hörer würde rasch erkennen lernen, daß er in dieser Stunde auf die Kernpunkte wichtiger Tagesfragen hingewiesen wird, daß sie kein oberflächliches Frage- und Antwortspiel für Neugierige und Müßige ist, sondern eine ernsthafte Beratung. Ob man die Fragesteller dabei wirklich stets als Gesprächspartner vor das Mikrophon bringt, oder ob es in vielen Fällen zweckmäßiger ist, nur von ihren schriftlich gestellten Fragen auszugehen, müßte die Praxis lehren. Wahrscheinlich würde es sich zeigen, daß stets, wenn die Anfrage nur eine klare, eindeutige Antwort zuläßt, ein Zwiegespräch nur zu Zeitersparnis führt, daß sonst aber die Aussprache vorzuziehen ist.

Die Stunden wären wie keine andere Rundfunkveranstaltung geeignet, die verschiedenen Hörerkreise einander näherzubringen; denn jeder Fragesteller würde mit seiner Frage einen Blick in seine Welt erschließen. Rundfunkvorträge von Berufstätigen der verschiedensten Kreise tun das auch; aber sie werden doch stets nur von einer sehr beschränkten Hörerschaft verfolgt. Das geordnete Durcheinander solcher Frage- und Antwortstunden wäre viel verlockender. Man sollte nichts, falls es nicht wie Medizin und Rechtswissenschaft Angelegenheit einer anderen vorhandenen Auskunftsstunde ist, grundsätzlich ausschließen, auch nicht die Politik, die dabei natürlich auf sachliche Informationen beschränkt bleiben muß.

### Von der Anfrage zur Zuschrift.

Die Häufigkeit, mit der einzelne Fragen und Fragenkomplexe auftauchen, wäre aber auch ein guter Wegweiser für die Zusammenstellung des Vortragsprogramms. Nicht nur die Themenauswahl könnte entsprechend beeinflusst werden; viel wertvoller wäre noch die Anregung, die sich dadurch für die Behandlung einzelner Stoffgebiete ergäbe. Der Hörer würde so das Gefühl einer lebendigen Verbundenheit mit seinem Rundfunksender gewinnen und dem Programm immer verständnisvoller, immer kritischer, aber ohne Mißgunst, gegenüberstehen. Er würde begreifen, daß die Hörergemeinschaft eine Summe von Einzelwesen darstellt, mit denen er zwar sehr viele Interessen teilt, von denen aber trotzdem jeder seine besonderen Wünsche und Bedürfnisse hat.

Vielleicht entschließt sich dann die Funkstunde auch eines Tages, die Zuschriften, die ihr aus dem Publikum zugehen, nicht sämtlich in geheimnisvollem Dunkel zu hüllen, sondern einen Teil der von den Schreibern sachlich begründeten Anerkennungen wie der sachlich begründeten Tadel und Wünsche gelegentlich den übrigen Hörern mitzutun und zur Diskussion zu stellen. Das ist bei einer freimütigen Auswahl sicher nicht immer für sie angenehm; aber es wäre außerordentlich nützlich, weil auch aus solcher Aussprache Hörer und Rundfunk sehr viel lernen könnten, füreinander und voneinander. Und weil aus solcher Verständigung etwas wachsen könnte, was heute noch völlig fehlt: innere Verbundenheit und Freundschaft zwischen dem Hörer und seinem Rundfunksender.

# Rechtsfragen des Tages

## Das uneheliche Kind

Unser Bürgerliches Gesetzbuch enthält in § 1589 Abs. 2 die für die Frauenwelt beschämende Bestimmung: „Ein uneheliches Kind und dessen Vater gelten nicht als verwandt.“ Dies ist gewiß eine große Härte, und doch sind unsere unehelichen Kinder noch bevorzugt im Vergleich zu ihren Leidensgenossen in Frankreich. Das französische Gesetzbuch, der Code Napoléon, enthält die weitaus härtere Bestimmung: „La recherche de la paternité est interdite.“ Zu Deutsch: „Die Erforschung der Vaterschaft ist verboten.“ Der Franzose hat daher gegenüber seinem unehelichen Kinde keinerlei Unterhaltspflicht, wenn er eine solche nicht freiwillig auf sich nimmt.

Daher kämpft auch wohl in allen Ländern unsere heutige Frauengeneration dafür, daß dem unehelichen Kinde sein volles Menschenrecht werde.

Nach unserem heute geltenden Recht ist das uneheliche Kind nur mit der Mutter verwandt, und nur in dem Verhältnis zu den Verwandten seiner Mutter hat es die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes, also auch ein gleiches Erbrecht wie dieses. Von der Erbschaft nach dem unehelichen Vater ist das Kind, da es ja mit ihm nicht als verwandt gilt, natürlich ausgeschlossen. Ein Anrecht auf den Nachlaß des unehelichen Vaters hat das Kind nur solange und insoweit die Unterhaltspflicht des Vaters besteht, das ist bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. Es muß sich aber aus dem Nachlaß mit dem Betrage begnügen, der ihm als Pflichtteil zufallen würde, wenn es ein eheliches Kind wäre. Der Pflichtteil ist die Hälfte des gesetzlichen Erbteils, und nur in Höhe dieses Pflichtteils kann ein anderer Erbe von dem unehelichen Kinde in Anspruch genommen werden.

Wie wenig die Kenntnis der wahren Rechtslage des unehelichen Kindes in unser Volk eingedrungen ist, zeigte mir die Erzählung eines jungen Mädchens, das mich um Rat fragte und erklärte: Ihr Bräutigam sei früher schon mal verlobt gewesen; die Braut, die er heiraten wollte, sei bei der Geburt eines Kindes gestorben und die Großmutter hätte das Kind zu sich genommen. Er hätte, solange er in guter Arbeit stand, regelmäßig für das Kind bezahlt; als ihm das nicht mehr möglich war, wollte er — da er bei seiner Mutter lebte — das Kind gern in diesen Haushalt aufnehmen, was die Großmutter verweigerte und mit Lohnpfändung gegen ihn vorging. Nun sei ihm von verschiedenen Seiten geraten worden, sich doch recht bald zu verheiraten, denn, wenn er verheiratet sei, hätte er ein Anrecht darauf, das Kind zu sich nehmen; sollte indes die Großmutter nach dreimaliger Aufforderung die Herausgabe des Kindes verweigern, so sei er der Verpflichtung, den Unterhalt zu zahlen, enthoben.

Diese Anschauung ist natürlich vollkommen falsch und hat keine Stütze; der Vater, der mit dem Kinde gar nicht als verwandt gilt, hat kein Bestimmungsrecht über das Kind, er hat lediglich die Pflicht zur Zahlung des Unterhalts.

Bekannt ist die Bestimmung, daß das uneheliche Kind den Mädchennamen seiner Mutter erhält, selbst wenn diese zur Zeit der Geburt des Kindes eine geschiedene oder verwitwete Frau ist. Diese Bestimmung hat in einem mir bekannten Fall ein merkwürdiges Ergebnis zeitigt. Ein Ehepaar, das zunächst in glücklicher Ehe lebte und ein Kind hatte, ließ sich scheiden, da der Ehemann an einer anderen Frau Gefallen gefunden hatte. Das Kind verblieb der Mutter, die mit ihm zu ihren Eltern zog. Nach einigen Jahren erschien der frühere Ehemann bei ihr, zeigte aufrichtige Reue über sein Verhalten, und es gelang ihm, die Frau zu

bestimmen, zu ihm zurückzukehren. Sie vereinbarten, von neuem die Ehe mit einander zu schließen und bestellten das Aufgebot. Die standesamtliche Eheschließung wurde indes immer wieder hinausgeschoben, bis nach einiger Zeit der Mann, dem wohl das neue Zusammenleben leid geworden war, eines Tages plötzlich verschwand und nichts von sich hören ließ.

Das Kind, das demnächst geboren wurde, galt nun als unehelich und erhielt den Mädchennamen der Mutter. So lag hier der merkwürdige Fall vor, daß von den zwei Kindern desselben Elternpaares das eine den Namen des Vaters, das andere den Mädchennamen der Mutter trug.

Margarethe Falkenfeld.

# Das neue Buch

## Neue Nietzsche-Ausgaben

Der Siebenstabe-Verlag, Berlin, bringt eine vierbändige Nietzsche-Ausgabe — Preis je Band 2,85 Mark — auf den Büchermarkt, für deren Herausgabe Theodor Kappstein verantwortlich zeichnet. Die Ausgabe will einen „Volks-Nietzsche“ aufbauen. Die Art und Weise jedoch, wie dies der Herausgeber versucht, muß als absolutes Novum angesehen werden. Nietzsche wird nämlich bedenkenlos mit „Bretzelschneiderei“ eingedeutscht. Der Herausgeber versichert, daß er dreitausend bis fünftausend Fremdwörter aus dem Nietzsche'schen Text gestrichelt hat. Wir haben ihm nicht nachgerechnet, aber es ist natürlich ein völlig abwegiges Unternehmen. Die Eigenart des großen Schriftstellers Friedrich Nietzsche wird so völlig nivelliert. Ein Beispiel für fünftausend: „Abgerechnet nämlich, daß ich ein Niedergehender bin, bin ich auch dessen Gegenpart.“ Bei Nietzsche steht für „Niedergehender“ selbstredend „décadent“; durch die Verdeutschung wird der Antagonismus an die große französische „Décadenz“-Literatur eines Verlaine, eines Paul Valéry, eines Mallarmé unterschlagen. Der europäische Schriftsteller Friedrich Nietzsche wird ins Provinzielle gefärbt. Die Texte werden außerdem bedenkenlos gekürzt; der Herausgeber gibt selbst zu, daß die Auswahl eine „durchweg subjektive bleibt“. Man muß nur hinzufügen, daß bei Stichproben, Befindlichkeiten fehlt. So suchen wir z. B. in dem Werk „Jenseits von Gut und Böse“ ganz wesentliche Aphorismen vergebens. Das einzig zu rechtfertigende Verfahren bei einer populären Nietzsche-Ausgabe wäre gewesen, Fremdwörter und fremdsprachliche Wendungen, anstatt einzudeutschen bzw. was auch häufig geschieht, sie lähnen wegzulassen, in Anmerkungen zu kommentieren.

Ganz anders wird in der im Verlage Reclam jun., Leipzig, erschienenen Ausgabe von Nietzsches Werken verfahren. Diese Edition bringt die wichtigsten Schriften unverkürzt; so z. B. „Die Geburt der Tragödie“, „Also sprach Zarathustra“, „Zur Genealogie der Moral“, „Jenseits von Gut und Böse“. Ein besonderes Verdienst sehe ich in der Einzelveröffentlichung der „Anzeitgemäßen Betrachtungen“. Die sorgfältig gedruckten Bändchen kosten in hübschem Leinenband, je nach Seitenzahl, 80 Pf. bis 2 M. Kurzgefaßte Nachworte stellen die Werke in den Gesamtzusammenhang von Nietzsches Werk, das in dieser Form, rüstet sich der Leser mit einem guten Fremdwörterbuch aus, seinen Weg machen wird. J. P. Mayer.

# WAS DER TAG BRINGT

## ERZÄHLT VON YORICK

### Die Lichtreklame

Den Amtschimmel gibt es nicht nur bei uns. Es gibt ihn auch und besonders in Frankreich. In der nicht so unbedeutenden Stadt Paris leistete er sich jetzt folgendes:

Er hatte, damit fangen viele betrübliche Beschichten von ihm an, einen ursprünglich recht guten Gedanken. Rasmussen er ordnete an, daß jeder Gastwirt hinfort an der Außenseite seines Restaurants eine Speisekarte mit genauer Preisangabe der einzelnen Speisen anzubringen habe. Denn es sei nötig, daß die Gäste sich von vornherein und vor Betreten des Lokals davon unterrichten können, ob ihnen bei Vorlegung der Rechnung keine unliebsamen Ueberraschungen drohen.

Die Pariser Gastwirte waren einsichtig und gehorsam, und es geschah also. Es stellte sich nur ein Fehler heraus: daß nämlich die Karten am Abend, der doch die Hauptgeschäftszeit ist, der Dunkelheit wegen für die Gäste nicht lesbar waren. Die Gastwirte, im Bestreben, die angeordnete Maßnahme in wirksamer Weise durchzuführen, brachten vielfach kleine elektrische Lampen über den Aushängen an.

Die Behörde reagierte sehr schnell mit einem Schreiben, in dem die hoffnungsvollen Gastwirte so etwas wie eine Belobigung zu finden hofften. Allein es war — eine Steuerveranlagung, betreffend die Sondersteuer für öffentliche Anbringung von — Lichtreklamen.

Die Gastwirte lesen zum Kadi. Der Kadi entschied à la Salomo, daß die Gastwirte zwar nicht die geforderte Lichtreklamesteuer, dafür aber monatlich sechzig Mark pro Quadratmeter ausgehängte Speisekarte zahlen sollten.

Die Behörde wartet noch heute auf die sechzig Mark; und kann noch lange warten. Denn es gibt in Paris keine beleuchteten Speisekarten mehr. Sondern nur noch eine sinnlose Verordnung.

### Der hundertste Geburtstag

Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen unsere Schwermut sich nichts träumen läßt. Gewiß. Aber es gibt Dinge in der menschlichen Seele, von denen auch eine viel tiefere Weisheit nichts verstehen kann.

Da war in Limoges im westlichen Frankreich eine Frau Marie Marageix, die sollte den hundertsten Geburtstag feiern. Verwandte, Freunde waren gekommen, sogar Abgesandte der Regierung, um zu gratulieren.

Während all diese im Besuchszimmer beieinander waren, in der Frühe des Geburtstagsmorgens, und von dem gütigen Schicksal sprach, das diese Frau nicht mit dem geschlagen hatte, was nach menschlichen Begriffen Krankheit und Unglück ist; während diese alle nun wirklich und nicht nur amtlich ergriffen wurden von der seltenen Tatsache solcher Hundertjährigkeit.

Währenddessen schlief sich diese Geburtstagsgegrüßte heimlich aus

einer zweiten Tür ihres Schlafzimmers in die Küche und erhängte sich am Fensterrahmen.

Es gibt unsäglich Dinge in der menschlichen Seele . . .

### Vergänglichkeit

Die Vereinigten Staaten sind ein rationalisierter Geschäftsbetrieb. Solchem Betrieb machen selbst die Loten Sorgen. Wenigstens widmet die Oberste Postbehörde von USA. in ihrem Generalbericht der Frage einen Abschnitt, wie am zweckmäßigsten und billigsten die Aschenreste Verstorbener zu befördern seien. Die Postbehörde entscheidet sich auf Grund einjähriger Erfahrungen für die Verwendung als „Muster ohne Wert“. In allen Krematorien soll eine diesbezügliche Bekanntmachung angehängt werden. — Da hast du's, lieber Sterblicher, da weißt du, wieviel du wert bist. Wenige Tage, vielleicht wenige Stunden schon nach deinem Verschenden bist du ein „Muster ohne Wert“. Und in Amerika, wo die Post so reklamelüchtig ist wie die Religionsgesellschaften, werden sie anschlagen: „Erde zu Erde, Asche zu Asche, Staub zu Staub — aber durch die Post!“

### Um zwei Mark

Da wurde ein Kaufmann in Düsseldorf wegen Betruges zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Nun ja, er war vorbestraft, auch wegen Betruges; aber man hatte ihm den Rest der Strafe erlassen, einmal weil er sich gut geführt hatte, und zum anderen, weil er nicht aus betrügerischer Anlage, sondern unter dem Druck der Verhältnisse zu seinen Straftaten gekommen war. Seither, und das ist immerhin seit 1927, hielt er sich wacker. Und nun die acht Tage, die er abfügen muß, zuzüglich des Strafrestes von dreieinhalb Monaten; denn er hat sich ja nicht „bewährt“.

Was war geschehen? Das Urteil sagt: „Der Angeklagte ließ sich im August 1928 . . . im Restaurant von dem Zeugen B. zwei Reichsmark, um seine Zechen zu bezahlen. Er gab jedoch das geforderte Geld nicht zurück.“

### Zwei Mark!

Zwei ganze Mark — und dafür acht, dafür praktisch siebenzehn Wochen Gefängnis. Dafür Unterbrechung seines mühsamen Wiederhochkommens. Nur weil er vorbestraft war.

Mein Gott, wenn ich vorbestraft wäre und ich sollte für jede zwei Mark, die ich mir lieb, acht Tage Gefängnis bekommen — man mißachte mich, man stöße mich aus aus der anständigen Gesellschaft, aber ich muß es zugeben: ich sähe heute noch, ich sähe wahrscheinlich lebenslanglich . . .

Im Ernst: gibt es den Geringfügigkeitsparagrafen nicht auch für Vorbestrafte? Und gibt es keine, gar keine Möglichkeit, dem Zeugen B., der das angezeigt hat — diesem anscheinend etwas transthaft rechtlichen Menschen klarzumachen, daß es nur einer anderen, inneren Instanz ein größeres Vergehen ist, einen Menschen wegen zwei Mark Kaffeehausschulden anzuzerkeln, als diese zwei Mark nicht zurückzuerstatten?



# Sozialdemokratischer Bezirkstag

## Stellungnahme zu politischen Fragen

Der Bezirksparteitag trat nach dem Referat Dittmanns in die Diskussion

ein. Ein inzwischen eingelaufener Antrag Boemensei verlangt, daß bis zur anzutretenden Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 29. März ein Mißbrauch der Bestimmungen durch Vorstellungen beim Reichsminister des Innern unmöglich gemacht wird.

Barth führte in der Diskussion aus, daß der wirksamste Kampf gegen die Reaktion sich weniger gegen die Nationalsozialisten als gegen den Hauptfeind, den Kapitalismus, richten müsse. Das Partei-schiff müsse herumgerissen werden.

Erich Schmidt (S.D.) betonte die Tatsache, daß die Partei in dieser Zeit des Kampfes die Wichtigkeit der Jugend erkannt habe. Nicht nur die Parteijugend, sondern die Jugend als Gesamtpersonal müsse in Leipzig zur Aussprache stehen. Um die Jugend zu gewinnen, sei die Vereinfachung des Programms mit dem Taktischen notwendig.

Matz wandte sich gegen eine allzu eifrige Stützung der unter Führung des Zentrums stehenden Regierung und bezeichnet den augenblicklichen Weg der Partei für verfehlt. Er verlangte die Entsendung eines Jugendlichen als Parteitagdelegierten nach Leipzig.

Otto Meier gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Reichstag sich sechs Monate ausgeschaltet habe, und betonte, daß die Abstimmung über den Panzerkreuzer nicht das größere Übel, sondern nur ein Symptom sei; das größere Übel sei, daß man uns als stärkste Partei solche Opfer überhaupt zumute. Man übertreibe die Staatsverantwortlichkeit. (Dittmann: Das sagt ein preußischer Landtagsabgeordneter! — Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie folle ihre Stärke in die Waagschale werfen. Er bedaure das Verhalten der Reun, weil durch die Kritik an ihrem Verhalten die Verhandlungen des Parteitags im Sinne der Staatsverantwortlichkeit verschoben wurden. (Lebhafter Beifall.)

### Löwenstein:

Die Notverordnungsmethode ist dadurch gekennzeichnet, daß sie zur Mode geworden ist; sie steht dem demokratischen Empfinden der Massen entgegen. Der aus den Notverordnungen sich ergebende Polizeidruck ist unerträglich. Solche Verordnungen sind ein Mittel in der Hand der Reaktion, das sich auch gegen uns richtet. Deshalb ist die Aufhebung der Verordnungen nötig. Die neun Fraktionsmitglieder, die gegen den Panzerkreuzer stimmten, wollten die Frage grundsätzlich erörtert sehen. Der Parteitag läßt gut, zu prüfen, wieweit unsere Taktik und unsere Politik uns Prestigeverluste gebracht haben. (Die Redezeit Löwensteins wird vom Bezirkstag unter stürmischem Beifall verlängert.) Nicht so sehr im Verhalten der Reichstagsfraktion, als in der Mobilisierung der Massen liegen unsere Erfolge gegen die Nationalsozialisten. Von der Leitung seien die Abwehrkräfte gegen den Panzerkreuzer nicht mobilisiert worden. Was wir brauchen, ist Kampf in der Agitation! Not ist auch die

### Repräsentation des Sozialismus durch die führenden Genossen.

Der Reichsparteitag müsse alle Kräfte zur Abwehr sozialpolitischer Reaktion lebendig machen.

Schäpinger: Von den Nazis mühten wir den Willen zur Macht erkennen. Ihr Drängen, in die Verwaltungsstellen zu kommen, entspringe diesem Willen. Was für unsere Partei fehlt, ist neben dem politischen höheren Beamten der Sachberater, der Referent in der Verwaltung.

Lahn: Die Stellung der Partei zum Faschismus sei nicht nur eine Frage der Politik, sondern auch der Organisation. Der im Tageskampf stehende Parteigenosse fühle sich oft isoliert von der Parteileitung.

Mathilde Wurm kritisierte die Zollpolitik der Regierung; der Hauptreferent hätte dazu Stellung nehmen müssen. Die Belästigung der Parteigenossinnen in der „Frauentliga für Frieden und Freiheit“ sei unstatthaft. In der Frage der Erwerbstätigkeit der Frau, die man fälschlich auch als Doppeldienst bezeichnet, beständen bereits Beschlässe der verschiedensten sozialistischen Körperschaften. Darüber hinaus solle man keine weiteren Beschlässe fassen. Die Rednerin verlangt weiter eine moderne Sexualgesetzgebung und eine Geburtenkontrolle, die der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage entspricht.

Seling-Spandau betonte, die primäre Aufgabe sei das Suchen nach einer praktischen Lösung der Wirtschaftskrise. Sei sie gefunden, so falle auch die faschistische Gefahr. Unter Berufung auf eine Ausrufung Adolf Hoffmanns, der nach der Bibel verlangte, daß der Mensch „heiß oder kalt“ sein solle, verurteilte er die Stimmeneinhaltung der Berliner Abgeordneten beim Panzerkreuzer B. Sie hätten ja oder nein sagen, aber sich nicht enthalten sollen.

Freih. Schröder: Wenn an der Politik der Partei Kritik geübt wird, so geschieht das stets nur im Interesse der Partei. Die Demokratie ist nicht Selbstzweck, sie dient nur der rücksichtslosen Vertretung der Interessen der arbeitenden Massen; mir scheint, das ist nicht immer oberster Grundlag gewesen. Schröder meinte, die Demokratie, die die Reichstagsfraktion so sehr verteidigte, sei durch die Notverordnungen stark durchlöcherter. Die Demokratie ist nur zu retten, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, die Massen alsbald aus der wirtschaftlichen Not herauszubringen. (Zuruf Dittmann: „Bitte, geben Sie das Rezept dazu an!“) Wir wollen mehr Sozialismus, bauen aber dauernd ab das Stückchen Sozialismus, das wir haben. Wir können nur unsere Grundzüge beibehalten, wenn wir sie im täglichen Kampf beibehalten. (Beifall.) Die Theorien und Praktiken des Parteivorstandes stehen im Widerspruch zu den Grundzügen der Partei, meinte Genosse Depinski. Bedauerlich sei, daß die Linke in der Fraktion sich bei der Panzerkreuzerabstimmung gespalten hat; es sei doch sicher so, daß selbst bei Ablehnung des Panzerkreuzers der Faschismus noch nicht gekommen wäre. So hätte sich also die Parteiführung die Gelegenheit, gegen Brüner aufzutreten, entgehen lassen. (Zuruf Dittmann: Wann war denn diese Gelegenheit da?)

Um 14½ Uhr wurde nach einem Antrag die Diskussion geschlossen. Im

### Schlusswort

betonte der Genosse Dittmann, man dürfe im Jahre 1931 nicht mehr den alten und früher schon als unhaltbar erkannten Satz von der „einen reaktionären Masse“ der bürgerlichen Parteien aufrecht erhalten wollen. Jetzt müsse man zu unterscheiden suchen, welche von den Parteien am gefährlichsten sei und welche am ersten zu entzogen wäre. Auch in der Politik gelte die „Relativitätstheorie“. Der Redner setzte sich dann mit den einzelnen Diskussionsrednern auseinander und zeigte, wie man in der Tagespolitik auch einmal Schritte rückwärts oder seitwärts machen müsse um etwas zu erreichen. Das brauche aber noch nicht ein Abirren vom Wege zum Ziel zu sein. Durch die Taktik der Partei sind die großen

Teile der bürgerlichen Parteien, die gegen den Faschismus gerichtet sind, gestärkt worden, und das war wesentlich. Das Hauptkampf-spiel liegt bei diesem Reichstag nicht so sehr im Parlament als in der Öffentlichkeit. Deshalb unsere Versammlungskampagne, deshalb die Millionen Flugblätter, kurz, unsere Aktion in den Massen. Deshalb unsere Parole: Wo bleibt der zweite Mann? Gegenüber der Bemerkung Otto Meiers, das Wort vom „größeren oder kleineren Übel“ sei ihm verhasst, meinte Dittmann, nicht das Wort, wohl aber die Situation sei zu vermenschlichen. Damit sind böse Situationen allerdings nicht beseitigt und es ergebe sich stets die Frage: Was ist günstiger für das Proletariat? Das ist im Preussischen Landtag so wie im Reichstag. (Beifall.) Jedenfalls dürfe gerade ein preussischer Landtagsabgeordneter doch nicht die Politik der Reichstagsfraktion als „zu staatsmännlich“ bezeichnen, wo in Preußen die Staatsmänner Otto Braun und Carl Severing von den Massen der Arbeiter doch ganz bewußt gerade wegen ihrer Staatskunst jubelnd anerkannt werden. Kadavergehorsam will niemand in der Partei und in der Fraktion; jeder hat Meinungsfreiheit. Aber wenn die Mehrheit nach reiflicher Aussprache die Marschroute festgelegt hat, dann muß eben gemeinsam gehandelt werden. (Lebhafter Beifall.) In der Gemeinschaft mit der Mehrheit zeige sich die wahre Kameradschaft, nicht Kadavergehorsam. Der Redner sprach dann zum Vorgehen der Regierung gegen das politische Mord-gesindel; allerdings habe das Versagen der Justiz erst den Erfolg der Notverordnung veranlaßt, die oft falsch angewendet werde. Dittmann schloß: Ein für alle Fälle gültiges Rezept, nach dem alle politischen Fragen erledigt werden könnten, gibt es nicht. Immer wieder wird die Partei ihre Taktik nach den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen bestimmen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Dann wurde die

### Abstimmung über die Anträge.

die die Berliner Organisation zum Reichsparteitag stellen wird, vorgenommen. Zur „Politik und Taktik der Partei“ lag eine Entschiedenheit des 14. Kreises vor, die besagt, daß es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein könne, unter Hintansetzung der Partei- und Klasseninteressen den Klassencharakter des Staates zu verwischen. Die Beschränkung auf das ständig wiederkehrende Prinzip des kleineren Übels müsse zur Preisgabe sozialistischer Grundzüge und Forderungen führen, ohne der faschistischen Gefahr Einhalt zu gebieten. So entspreche die Stellung insbesondere zur Wehrfrage (Panzerkreuzer) nicht dem Willen der Parteimitgliedschaft und internationalen sozialistischen Erfordernissen. Der Reichsparteitag möge daher beschließen:

Es sind die organisatorischen Voraussetzungen für eine stärkere Zusammenfassung der außerparlamentarischen Kräfte der Arbeiterklasse zu schaffen. Die Stellung der Fraktion zu wichtigen politischen Fragen muß unmittelbaren Beschlüssen der Mitgliedschaften unterliegen.

Der formale Bruch der Fraktionsdisziplin durch die Abgeordneten, die gegen den Bau der Panzerkreuzer stimmten, erfährt keinerlei Abmildung durch irgendwelche organisatorischen Maßnahmen.

Der Antrag fand Annahme, ebenso ein Antrag des Bezirksvorstandes, in dem festgestellt wird, daß der Faschismus durch den energischen Abwehrkampf der Sozialdemokratischen Partei in die Defensive gedrängt sei und daß diese Aktivität der Partei zahlreiche Mitglieder zugeführt habe. Es sei nunmehr Aufgabe der Partei, die notleidende Wählermassen, die noch im feindlichen Lager stehen durch eine vorausschauende Politik zu gewinnen. Dazu sei die Einheit und die Geschlossenheit der Partei und ihrer Körperschaften notwendig.

Ein weiterer Antrag des Bezirksvorstandes lautet:

Der Bezirksparteitag steht auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der Disziplin in allen Körperschaften unter Wahrung der Gemäßigtheitsklauseel für parlamentarische Abstimmungen, wonach diejenigen, die einen Beschluß der Fraktion nicht vertreten können, ohne Aufsehen zu erregen, der Abstimmung fernbleiben können.

Durch die Annahme dieser Anträge waren eine ganze Anzahl Anträge aus den einzelnen Kreisen erledigt. Mit großer Mehrheit verabschiedet wurden auch zwei Anträge, die den § 218 des Strafgesetzbuches zum Gegenstand haben.

Die Anträge, die unter die Rubrik „Arbeitszeit und Sozialpolitik“ zusammengefaßt waren, wurden durch die Annahme zweier vom Bezirksvorstand eingebrachten Anträge erledigt. Darin wird die Einführung der 40-Stunden-Woche, die Beseitigung des Ueberstundenwesens und Meldepflicht aller offenen Stellen, ferner gesetzliche Bestimmungen zur Einschränkung des Doppelverdienens, zur Festlegung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe und des Urlaubs für Jugendliche gefordert.

In dem anderen Antrag des Bezirksvorstandes wird von der Gesamtpartei verlangt, sich für folgende Forderungen einzusetzen: Sicherung der Arbeitslosenversicherung, Entlastung der Gemeinden und Sicherung der Wohlfahrtsunterstützten, den Ausbau der Invalidenversicherung und Herabsetzung der Altersgrenze, weiter die Wiederherstellung der durch die Notverordnung eingeschränkten Krankenversicherung, Erhöhung der Unfallrenten, Ausbau des Arbeitsrechts. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme durch den Bezirkstag. Die

### Wahlen

zum Bezirksvorstand ergaben die Wiedermahl der bisherigen Mitglieder: Künstler, Litte, Sabbath als Vorsitzende, Umlauf und Schröder zu Schriftführern, Krille, Mathilde Wurm und Waldheim zu Beisitzern. Der Bildungsausschuß setzt sich aus den Genossen Stein, Restenberg, Schneider, Günther, Kettner, Krüger, Jabszynski, Simanowski, Dr. Friedländer zusammen. Zum Reichsparteitag in Leipzig wurden delegiert: Riese, Anna Paersch, Weiner, Wösch, Döhner, Paculka, Liesbeth Meier, Levin, Guth, Steinhilber, Woywod, Schneider, Wendi, Palmer, Hille, Har-nisch, Becker, Willam, Thurm, Schmidchen, Nüßmann, Schwarz, Pagels, Waldheim, Käthe Kern und Marie Jankowski.

Zum Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wurden Künstler, Mathilde Wurm und Litte delegiert. Die Wahl des Genossen Georg Wendi zum Bezirkssekretär an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Theodor Fischer wurde bestätigt.

Schließlich gab noch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse Platau, eine Erklärung zum Fall des ehemaligen sozialdemokratischen Stadtsaursrats Wagner ab, über die eine Diskussion nicht gewünscht wurde.

Mit dem Dank an die Delegierten für ihre Arbeit schloß Vorsitzender Genosse Künstler den Bezirksparteitag gegen 4½ Uhr.

# Der Freiheitskampf der Philippinen

## Sein Führer in Berlin

Dr. Hilario Comoro Monardo, der in Nordamerika wirkende Führer der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung, trifft auf seiner Weltreise heute in Berlin ein.

1905 hat die nun verfallene spanische Monarchie einen Krieg mit den USA gewagt, der Spanien außer den großen Menschenverlusten den Rest seines Kolonialreichs, besonders Cuba und die ostasiatische Inselgruppe der Philippinen gekostet hat; seither stehen die Philippinen unter nordamerikanischer Herrschaft. 1916 hat der USA-Kongreß die „Jones-Akt“ angenommen; darin ist

feierlich versprochen, daß die Besitzergreifung der Philippinen durch die Vereinigten Staaten nicht dauernd sein soll, und daß man die Philippinen früher oder später wieder freigeben würde.

Diese Frage soll vom amerikanischen Kongreß im Dezember d. J. geklärt werden und deshalb erreicht gerade in diesen Monaten der Kampf der „Filipinos“ um ihre Freiheit seinen Höhepunkt. Die Philippinen glauben, daß sie nun fähig sind, sich selbst zu regieren. Die Philippinen, mit 13 Millionen Einwohnern, besitzen sehr großen Reichtum an Bodenschätzen, haben geistige Führer, die an amerikanischen Universitäten herangebildet worden sind, und genügend Arbeitskräfte, um den natürlichen Reichtum der Bergwerke an Holz, Zucker, Reis, Tabak, Milchprodukten zu erschöpfen. Solange jedoch diese Unsicherheit über die politische Zukunft des Landes besteht, finden sich nicht Kapitalgeber, denen eine Kapitalinvestierung auf den Philippinen sicher genug ist.

Aus zwei Gründen wirtschaftlicher Natur ist jetzt gerade die Stimmung in Amerika günstig für die Gewährung der Unabhängigkeit an die Philippinen:

Sind die Philippinen Ausland, so können die Vereinigten Staaten die mehr als 100 000 Filipinos, die im Westen als Landarbeiter usw. tätig sind, und die sowieso in ihr befreites Heimatland zurückströmen würden, ausweisen und Inländer an ihre Stelle treten lassen; außerdem brauchen dann die Produkte der Philippinen nicht mehr zollfrei eingelassen zu werden — USA. wären eine fühlbare Konkurrenz los.

Dr. Monardo kommt von London und wird sich drei Tage in Berlin aufhalten, um dann nach Paris weiterzufahren. Weiter führt ihn seine Reise nach Italien, Indien, China, Japan und zurück nach Amerika über Honolulu.

### Der Fall Moulin.

Der Brüsseler Gymnasialprofessor Louis Moulin ist auf einer Reise in Italien verhaftet worden und soll vor das Sondergericht kommen — ohne Rechtsbeistand und Rechtsmittel. Eine gewaltige Brüsseler Protestkundgebung, in der für die Sozialisten Banderwelle sprach, hat gefordert, daß Moulin nach den Grundzügen einer zivilisierten Justiz abgerichtet werde.

Im Parlament zu Rom hat nun die Regierung behauptet, Moulin habe einen geheimen Briefverkehr zwischen italienischen Emigranten und in Italien wohnenden Personen vermittelt, einen Brief des in Brüssel wohnenden Bassanesi, der vor einigen Monaten antisozialistische Flugblätter über Mailand abgeworfen hat,

an einen Italiener Faravelli mitgeführt, worin dieser aufgefordert wird, genaue Angaben über die Lage von bestimmten Kasernen, anderen öffentlichen Gebäuden und der Wohnung Mussolinis zu machen; Moulin habe somit die Vorbereitung von Attentaten vermittelt. Außerdem will man Bassanesi, auf dessen Kopf Mussolini eine Prämie ausgeschrieben hat, vor der belgischen Regierung kompromittieren, um seine Ausweisung zu bewirken.

Der Brüsseler sozialistische „Peuple“ veröffentlicht eine Zuschrift Bassanesis, in welcher die Angaben der italienischen Regierung als erlogen bezeichnet, und sie auffordert, eine Photographie seines angeblichen Briefes an Faravelli zu veröffentlichen. In Brüssel, wo man die Nachrichten und Fälschungsmethoden der faschistischen Propaganda kennt — man erinnere sich nur an die Spiegelaffären Monapace und Garibaldi — ist man keineswegs geneigt, den italienisch-offiziellen Angaben ohne weiteres zu glauben. Die Angelegenheit kommt am Dienstag in der belgischen Kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.

### Berliner Brikettpreise im Sommer.

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, daß für gepackte Braunkohlenbriketts frei Keller in den Monaten Mai und Juni je Zentner ein Preis von 1,63 Mark, im Juli und August von 1,66 und im September von 1,73 Mark Geltung haben wird. Ab Oktober treten die erhöhten Winterpreise von 1,79 Mark je Zentner in Kraft. Die Preise beziehen sich auf die Lieferung kleinster Mengen. Bei Abnahme von wenigstens 20 Zentnern erfolgt ein Preisabschlag von 5 Pfd. je Zentner. Im wesentlichen hat der Berliner Kohlenhandel also den im vorigen Jahr vorgenommenen Abschlag von 7 Pfd. auch für die neuen Preise beibehalten. Die Winterpreise dürften aber um 1 Pfd. höher sein.

Es wird noch mitgeteilt, daß den Verbrauchern bei Sammel-lieferungen noch besondere Vorteile gewährt werden sollen. Welche, wird nicht gesagt. An der Kohlenversorgung von Industrie-betrieben durch den Magistrat will sich der Kohlenhandel bisher beteiligen.

### Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

#### Stimmenverlust der Hakenkreuzler.

Stuttgart, 27. April. (Eigenbericht.)

Zus der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl ging der bisherige Oberbürgermeister Dr. Lautenschläger mit 161 334 Stimmen als Sieger hervor. Auf den Kandidaten der Nationalsozialisten entfielen 25 814, auf den kommunistischen 24 247 Stimmen. Die Nazis verloren im Vergleich zum 14. September 3444, die Kommunisten 13 349 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 63,8 Prozent.

Der Stimmenverlust der Nationalsozialisten war zu verzeichnen, trotzdem die nationalsozialistische Parteileitung am Sonnabend, als am Tage vor der Wahl, noch das Dreigestirn Hitler, Straßer und Fick als Redner aufgebieten hatte.



# Arbeiter-Serienspiele

## ARBEITER FUSSBALL

Eiche-Trebbin 4:4

Die Trebbiner sind spielerisch doch besser, als man zuerst annahm. Das bekam Eiche-Köpenick gestern auch zu spüren. Nachdem die Seiten mit 2:1 für Eiche gewechselt wurden, kamen die Trebbiner immer mehr auf. Trotzdem konnten zunächst die Köpenicker das Resultat auf 4:1 schrauben. Die siegesichere Verteidigung machte dann einige grobe Schnitzer, die die Trebbiner geschickt auszunutzen verstanden. So kamen sie noch zu einem verdienten 4:4-Ergebnis. — Luckenwalde II mußte ebenfalls einen wichtigen Punkt an Minerva-Neukölln abgeben. Mit 1:1 trennten sich die Parteien. — Eine hohe 7:1-Niedertage holte sich Butab von Lichtenberg I. Bis zur Pause lagen die Lichtenberger bereits mit 5:0 in Führung. In der zweiten Spielhälfte begnügten sie sich mit zwei weiteren Treffern, denen die Techniker nur einen entgegensehen konnten. — Eintracht-Reinickendorf konnte gegen Luckenwalde V nur einen sehr mageren 3:1-Sieg erringen. — Luckenwalde IIJ und Hertha trennten sich beim Stande von 5:3 für Luckenwalde III.

Oberspree konnte seine führende Stellung im 1. Bezirk durch einen 5:0-Sieg über Herzfelde festigen. Leider endete dieses Treffen mit einem argen Mißklang. Das sonst einwandfrei durchgeführte Spiel mußte vom Schiedsrichter acht Minuten vor Schluß abgebrochen werden, da sich einige Spieler der Herzfelder grobe Ungehörigkeiten zu Schulden kommen ließen. — Union 28 weichte in Neuruppin bei den neugegründeten Sportfreunden und teilte sich mit 2:2 in die Ehren des Tages. — Vorwärts-Beding spielte gegen Weissensee 2 6:1. — Eintracht 2 gegen Schwarz-Weiß 1 1:2. — Schöneberg gegen Bilmersdorf 3:2. — Alemannia gegen Normannia 0:4. — Lichtenberg 12 gegen Schöneberg 4:1.

Leipzig-Vogau schlägt Nürnberg-Ost 3:1 (1:0). Das erste Vorrundenspiel um die Bundesfußballmeisterschaft, das zwischen dem vorjährigen Meister Nürnberg-Ost und Leipzig-Vogau vor 15 000 Zuschauern zum Austrag kam, endete mit einer Riesenerfreuerung. Die heiß favorisierten Nürnberger wurden von den Leipziguern glatt mit 3:1 geschlagen. Vogau wird nun am 17. Mai gegen den noch zu ermittelnden zweiten Vorrundensieger das Endspiel um die Bundesmeisterschaft austragen. Gegner des zweiten Vorrundenspiels, das am 2. Mai in Hamburg stattfindet, sind Vorbeer-Hamburg und der Vertreter des Berliner Kreises Luckenwalde I.

## Handball

FTGB-Werbespiele auf dem „Urban“

Der Bezirk Süden der FTGB hatte mit seinen Werbespielen auf dem Urbanplatz einen vollen Erfolg. Den Reigen eröffnete die 4. Männermannschaft, die gegen Frankfurt a. O. Oder mit 3:7 (2:2) verlor. Auch die 2. Frauenmannschaft verlor gegen Forst 1 mit 0:5 (0:2); dagegen gewann die 2. Jugendmannschaft gegen Frankfurt 2 mit 11:2 (3:1); die 1. Frauenmannschaft trennte sich von Frankfurt mit einem Sieg von 3:0 (3:0), während die 2. Männermannschaft die Frankfurter mit 13:4 (6:3) überrannte. Auch bei den Jugendmannschaften trug Süden den Sieg mit 8:4 (5:1) davon.

Das Spiel der beiden 1. Männermannschaften begann mit dem Anwurf von Frankfurt. In der fünften Minute konnte der Frankfurter Halblinke aus dem Lauf heraus das erste Tor schießen, dem aber eine Minute später der Ausgleich folgte. Nach zwei weiteren beiderseitig geschossenen Toren fand sich der Südens Sturm etwas zusammen und konnte dann auch in gleichmäßigen Abständen durch zwei weitere Tore einen Vorsprung herausziehen. Einige Minuten später war es der Rechtsaußen, der durch schöne Finten sich freispielen und ungehindert das dritte Tor sichern konnte. Halblinks konnte dann noch einmal erfolgreich sein, so daß mit 4:4 die Seiten gewechselt wurden. Auch in der zweiten Halbzeit hielt sich Frankfurt viel in der Südhälfte auf, konnte aber an der Verteidigung nicht vorbeikommen. Erst in der einundvierzigsten Minute schoß der Frankfurter Rechtsaußen das fünfte Tor, neun Minuten später glich Südens Mittelfürmer aus. Zum Schluß wurde das Spiel etwas hart. Süden hat im Sturm schon Besseres gezeigt, im allgemeinen war das Zuspiel ungenau, während Halbrechts zu eigenförmig spielte und Vintsoußen nur wenig Bälle sicher fing. Frankfurt zeigte im Sturm gute Leistungen, wobei Halblinks und Rechtsaußen hervorzuheben sind.

Bei den anderen Spielen sind folgende Resultate erzielt worden: Faustball: Alte Herren gegen Schöneberg 2 42:87; Alte Herren gegen Schöneberg 1 69:43; Frauen gegen Neukölln 57:106; 1. Jugend gegen Schöneberg 1 43:73; 2. Jugend gegen Schöneberg 2 59:66; 3. Männer gegen Schöneberg 3 43:67; 2. Männer gegen Schöneberg 2 59:76; 1. Männer gegen Schöneberg 1 55:60. Trommelball: Frauen gegen Mitte 138:44. Kopsball: Alte Herren gegen Schöneberg 43:35 (die niedrige Zahl gibt den Sieger an).

## Hockey

HTL-Ostring gegen FTGB-Nordring 2:2 (2:1). Der unentschiedene Ausgang dieses wichtigsten Spieles dürfte der Spielfürte beider Mannschaften gerecht werden. In der ersten Halbzeit hatte Nordring vielleicht ein kleines Ubergewicht, was auch im Unterschied von einem Tor klar zum Ausdruck kommt. Nach der Pause waren die Ostringer die Besseren. Das merkwürdige Nachlassen der Läuferreihe Nordrings war eine Folge des äußerst flotten Tempos der ersten Halbzeit und der Verletzung des Mittelfürers. Der rechte Läufer hatte die schwerste Arbeit mit dem guten linken Flügel des Ostringsturms, während Nordrings linker Läufer besonders in der zweiten Halbzeit absiel und technisch beinahe hilflos war. Das kostete der Nordringmannschaft den Sieg.

ASC-1 gegen Tennis-Rot 1 5:2. Dieses beinahe überraschende Resultat findet seine Erklärung in der einsehenden starken Abwanderung der Tennispieler nach den Tennisfeldern. Aber man darf dem ASC nicht unrecht tun. Der Sieg ist schließlich der Erfolg einer zähen Aufbaurbeit, mit welcher der ASC nun am Ende der Serie belohnt wird. Die ASCer hatten sich wiedergefunden; der Torwächter spielte gut mit der Verteidigung zusammen und auch der Sturm zeigte eine merkwürdige Verbesserung. Bei Tennis-Rot war eine allgemeine Schonung zu bemerken, auch ließ der Torwächter viel zu wünschen übrig.

SB-Moabit gegen FTGB-Pankow 4:0. Der SB-Moabit war stets etwas besser und schneller, doch hatten auch die Pankower — besonders nach der Pause — eine gute Spielperiode, nur zum genauen Toranschlag langte es nicht.

Spandauer Freier Hockey-Club 1 gegen HTL-Ostring 2:1. Ebenso glücklich konnte auch das Resultat für Ostring sein. Damit soll gesagt sein, daß beide Mannschaften als

gleichwertig zu achten sind. Spandau hatte ein geringes technisches Plus, Ostring dafür die größere Spielerfahrung. Mit diesem Sieg dürfte sich Spandau seine Stellung neu erobert haben.

Weitere Resultate: FTGB-Nordring 2 gegen FTGB-Friedenau 1 8:2; SB-Moabit 2 gegen FTGB-Pankow 2 6:1; FTGB-Nordring 3 gegen Osten 1 6:1; HTL-Spandau 2 gegen ASC 2 1:1. Im Frauenspiel siegte FTGB-Nordring über Pankow 3:0 und im Vereinsduell von Tennis-Rot die erste Mannschaft mit 8:0.

## Arbeiter-Wasserballserie

Hellas I-Neukölln 10:2 / Weissensee-Möwe 11:3

Das Sonnabendspiel war erwartungsgemäß eine sichere Sache für Hellas. Neukölln trat wieder mit unzulänglichem Torsteher an und reichte auch sonst nicht an die reifer spielenden Hellasleute heran. Gleich nach Anwurf erzielte Hellas durch taktisch kluges Spiel das erste Tor. Kurz danach war Tor Nummer zwei fällig, das allerdings auf das Konto des Neuköllner Torstehers zu setzen war. Erst nach einem weiteren, aus klarer Feldüberlegenheit erzieltem Hellastor kam Neukölln im Anschluß an eine gute Leistung seines Mittelfürmers zum ersten Tor. Bei ausgeglichener Spiel kam Hellas noch zum vierten Tor, dann war Halbzeit. In der zweiten Spielhälfte zeigte Hellas ein gleichbleibend gutes Kombinationspiel, das ihnen in regelmäßigen Abständen noch sechs Erfolge einbrachte, während Neukölln nur noch einmal durch seinen Mittelfürmer erfolgreich war, der einen zugespielten Ball sauber verwandelte.

Nicht viel schwerer hatte es Weissensee am Sonntag gegen Möwe, die in letzter Zeit längst nicht mehr das gute Zusammenpiel zeigen, das sie zu Beginn der Serie auszeichnete. Bei ständiger Ueberlegenheit erzielte Weissensee durch seinen schußgemaltigen rechten Stürmer, der von der Möwe-Verteidigung nicht stark genug abgedeckt wurde, fünf Tore bis zur Pause, denen Möwe durch Unentschlossenheit seiner Spieler nichts entgegensehen konnte. In der zweiten Halbzeit nahm sich Möwe sehr zusammen und kam auch zu drei schon erklämpften Toren, doch das bessere Können des Gegners drückte sich in nicht weniger als sechs Gegenerfolgen aus und Weissensee verließ als verdienter Sieger das Feld.

## Abschied von der Halle

Das Werbefest des ASV.-Neukölln

Noch einmal riefen die Arbeitersportler Neuköllns die Sportanhänger zu einer Hallenschau. Noch einmal hatte man Gelegenheit, Arbeitersport in seiner ganzen Vielseitigkeit zu sehen. Pünktlich um 15 Uhr leiteten die Arbeiterjäger das Hallenfest des ASV. Neukölln ein, dann zogen 130 Arbeitersportler unter Borantritt der SA-Kapelle in die Herzberghalle ein. Ein kurzes „Halt“ und der Hote „Arbeiterturnermarsch“ erschallte.

Zug um Zug zeigten die einzelnen Abteilungen einen ungezwungenen, natürlichen Trainingsbetrieb. Boran die Frauen mit gut ausgeführter Gymnastik. Noch hatten sie die Fläche nicht ganz geräumt, als auch schon die Männer mit Laufübungen und Gymnastik die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Es war eine richtige Angelegenheit zum „Wärmwerden“. Nachdem die neugegründete Frauenabteilung mit entsprechenden Übungen ihre Existenzberechtigung bewiesen hatte, zeigten die Männer, wie der körperverbildenden Berufsarbeit, der Verkrampfung der Muskulatur durch Gymnastik entgegengeordnet werden kann. Die Musikbegleitung aller Vorführungen brachte stets eine muntere Note in die Veranstaltung und trug wesentlich zum Gelingen des Ganzen bei. Nachdem die Turnerinnen den 200 Gästen mit Schrittarbeiten die Beweglichmachung des Körpers sowie die Anergieziehung von Elastizität vor Augen geführt, stellte sich die Leichtathletikabteilung mit einem Auschnitt aus dem Leistungsbetrieb vor. Ein guter Geist steck in dieser Truppe. Damit auch die alte Turnerei nicht zu kurz komme, wurde 15 Minuten Geräteturnen eingeschaltet. Einen Bederbissen stellten die Olympiadeübungen dar. Diese Übungen, von Tausenden ausgeführt, werden in Wien fast das schönste sein. Lustig wirkten die Vorführungen der Fußballer, leider tritt diese Sportart mit Übungsvoorfürungen nur selten in Erscheinung. Es ist immerhin erfreulich, wenn die Neuköllner eine Ausnahme bilden. Das neu eingebürgerte Kopsballspiel bewies mit seinen humoristischen Momenten, daß es sehr viel Spaß bereitet, aber trotzdem, ähnlich dem Handballspiel, einen hervorragenden körperbildenden Wert hat.

In bunten Bildern zog das Leben und Treiben in den Arbeitersportvereinen vorüber. Niemand ist zu jung oder zu alt, um für seinen Körper etwas zu tun. Das zu beweisen, war der Zweck der Veranstaltung. Man darf zusammenfassend sagen: Die Veranstaltung hat vielen einen Anschauungsunterricht gegeben.

## Im Wassersport gehts los

Nachdem am vorigen Sonntag das Ansegeln der Gruppe Ost im freien Seglerverband durch den anhaltenden Regen so richtig ins Wasser gefallen war, konnte die Gruppe West des Kreises Berlin am gestrigen Sonntag das Ansegeln auf der Ober- und Unterhavel beim herrlichsten Frühlingwetter begeben. Es war ein imponantes Bild, die vielen Boote im bunten Schmuck der Flaggen und der Vereinsstander kreuzen zu sehen: das waren Arbeitersegler!

Auf der Oberhavel begann das Ansegeln zur festgesetzten Stunde. Die Boote der Taunusseglervereinigung Tegel strebten vom äußersten Ende des Tegeler Sees dem gemeinsamen Ziel zu und Verein schloß sich an Verein zu einer stattlichen Flotte von über 100 Booten. Das Ziel war der Verein Freie Segler Borsfelde, denn hier sollte der neue Bootplatz eingeweiht und der Vereinsstander zum ersten Male am Flaggenmast gehit werden. Die Freien Segler Borsfelde, ein noch junger Verein, hat mit diesem idyllisch gelegenen Bootplatz von etwa 400 Quadratmeter Größe, mit einem Bootsteg von 46 Meter Länge, einen neuen Stütz- und Ausgangspunkt bei Wanderausfahrten nach dem Müritzer und Sietlin für die freien Segler geschaffen, da der Verein gegenüber der Einfahrt zum Hohenzollerkanal liegt. Nach einer Besichtigung des Bootplatzes und der Standerhöhung schloß sich dann eine gemeinsame Kaffeetafel an, für die die Damen verantwortlich zeichneten. Die Vereine der Unterhavel um Schildhorn herum trafen sich unter Führung des Seglervereins Stöckhsee am Havelde bei Wannsee, wo bald über 100 Boote versammelt waren.

Aber auch der Segellub 1919 am Rummelsburger See entschloß sich, den gestrigen Sonntag festlich zu begehen, da es möglich war, vier Neubauten der 10-Quadratmeter-Panzerjollenklasse zu taufen. Wohllich ein schönes Zeichen von Sportgeist in den Reihen der Mitglieder, im Zeichen der wirtschaftlichen Not den Ent-

## Die Rütt-Premiere Pecqueux-Hournon Sieger der „Stunde“

Besonders glanzvoll konnte man die Premiere der Rütt-Arena nicht nennen. Die Tribünen wiesen große Lücken auf und auch die Leistungen der Fahrer konnten nur bedingt befriedigen.

Das Haupttreffen des Tages bildete ein Stunden-Rennschafstrennen, das alle fünf Minuten einen Wertungspunkt über je fünf Runden vorsah. Das Rennen entschieden die für Berlin neuen Franzosen Hournon-Pecqueux für sich. Nachdem vorher Kuy-Maidorn, Engelmann-W. Ridel und die in Berlin ebenfalls debütierenden Belgier Buisse-Meulemans einen Ausreißversuch unternommen hatten, der jedoch an der Bachsamkeit des mit Werts fahrenden Tieg scheiterte, gingen im siebenten Spurt die Franzosen los, um nach sieben Minuten Kampf dem Felde eine Runde abzunehmen. Dabei sollte es bleiben. Wohl versuchten einige Mannschaften — hier sind besonders Tieg-Werts zu nennen — zum Spitzenpaar aufzuschließen, doch war das Ganze nur ein erfolgloses Bemühen. Kuy-Maidorn verloren im Verlauf des Rennens noch eine zweite Runde. Während der letzten Viertelstunde fielen (man befand sich ja auf der Rütt-Arena!) sonst einige Regentropfen.

Das Omnium Deutschland gegen Ausland, bestehend aus zwei Fliegerläufen über je 1000 Meter, einem Punktefahren über 3000 Meter und einem Mannschafts-Verfolgungsrennen bis 4000 Meter, endete im Gesamtergebnis mit einem Unentschieden. Im Punktefahren der nicht am Omnium teilnehmenden Fahrer behauptete sich der Kölner Ditzmella überlegen. Die auf der Bahn in der Hasenheide traditionelle „Deutsche Meile“ für Bundesamateure wurde von Gölz, der letztlich die Zeitungsmeisterschaftswürde errang, gewonnen.

Einsatzergebnisse: Stunden-Rennschafstrennen: 1. Hournon-Pecqueux 24 P., 42.000 Kilometer; eine Runde zurück: 2. Ditzmella-Ridel 36; 3. H. Buisse-Meulemans 26; 4. Petri-Dorn 19; 5. J. Kuy-Lich 14; 6. Bernhardt-Felde 10; 7. Engelmann-W. Ridel 6; 8. Meulemans-W. Woffe; 9. Schumann-Wibel 3 P.; 10. Buisse-Meulemans 0 Punkte. — Rütt-Omnium, Fliegerlauf: 1. Ditzmella; 2. Bernhardt; 3. Schumann; 4. Hournon; 5. Buisse; 6. Lauf: 1. Pecqueux; 2. Werts; 3. Wibel; 4. Meulemans. — Verfolgungsrennen: 1. Ausland; 2. Deutschland; 3. Werts; 4. Hournon. — Verfolgungsrennen: 1. Ausland; 2. Deutschland; 3. Werts; 4. Petri; 5. Hournon.

## Frühjahrs-Faustballturnier

der Altersriegen im 1. Kreis

Elf Mannschaften aus sechs Vereinen brachten 33 Spiele und rangierten sich am Schluß wie folgt:

Volkssport Bedding 1 gewinnt gegen Volkssport Neukölln 31:49, gegen Osten II mit 22:51 gegen Osten I mit 36:39 P. — Freie Turnerschaft Nordring gewinnt gegen Eintracht Rahlsdorf mit 51:53 — 6 Gewinnpunkten gegen Bedding 3 mit 44:49 und verliert gegen Hohenschönhausen mit 49:33 — 4 Gewinn- und 2 Verlustpunkte. — Volkssport Neukölln gewinnt gegen VfR. Proles 11 43:54, gegen Proles 3 38:47 und verliert gegen Bedding 1 49:31 — 4 Gewinn- und 2 Verlustpunkte. — Volkssport Bedding 2 gewinnt gegen Proles 3 37:63, gegen FTGB-Osten 11 43:51 und verliert gegen Osten 1 40:32 — 4 Gewinn- und 2 Verlustpunkte. — Eintracht Rahlsdorf gewinnt gegen VfR. Proles 2 45:62, spielt unentschieden gegen Proles 1 42:42 und verliert gegen Nordring 53:51 — 3 Gewinn- und 3 Verlustpunkte. — VfR. Proles 1 spielt unentschieden gegen Rahlsdorf 42:42, gegen Hohenschönhausen 38:38 und verliert gegen Osten 11 53:49 — 2 Gewinn- und 4 Verlustpunkte. — FTGB-Osten 11 gewinnt gegen Hohenschönhausen 34:39 und verliert gegen Osten 2 53:49 und gegen Bedding 1 39:36 — 2 Gewinn- und 4 Verlustpunkte. — Volkssport Bedding 3 gewinnt gegen Proles 3 33:42 und verliert gegen Proles 11 61:30 und Nordring 49:44 — 2 Gewinn- und 4 Verlustpunkte. — FTGB-Osten 11 gewinnt gegen Osten 1 49:55 und verliert gegen Bedding 1 51:22 gegen Bedding 11 51:43 — 2 Gewinn- und 4 Verlustpunkte. — VfR. Proles 2 gewinnt gegen Bedding III 30:61 und verliert gegen Rahlsdorf 64:45, gegen Neukölln 54:43 — 2 Gewinn- und 4 Verlustpunkte. — VfR. Proles 3 verliert alle drei Spiele gegen Bedding 2 63:37, Neukölln 47:38, Bedding 3 42:33 — 6 Verlustpunkte.

Deutschland-Holland 1:1. Der 12. Fußballkampf zwischen Deutschland und Holland gehört der Vergangenheit an. Vor 32 000 Zuschauern erzwang eine deutsche Mannschaft, die nicht reiflos das Beste darstellte, was der DFB. anbieten kann, im Amsterdamer Olympischen Stadion gegen die holländische Rationalmannschaft ein wohlverdientes Unentschieden von 1:1. Bis zum Seitenwechsel lagen die Holländer mit 1:0 in Führung.

Handballstädtekampf Berlin-Wien 9:7. Der zweite Handballstädtekampf zwischen den Mannschaften von Berlin und Wien endete am Sonntag in der Reichshauptstadt mit einem verdienten 9:7 (7:2)-Sieg der Berliner.

Den Sonntagsbesuchern der idyllisch in der Havel am Fuße des Brunwaldturms gelegenen Insel Lindberder bot sich gestern ein ungewöhnlicher Anblick: Ein Meer von schwarzrotgoldenen Fahnen, eine Riesenzahl von Paddelbooten, Stuhl- und Motorbooten, dazwischen blaue Trainingsanzüge und leuchtende rote oder weiße Kappen der Bootinsassen, alles überstrahlt von der endlich erscheinenden Frühlingssonne. Das Ganze: Aufnahmen der Arbeiter-Wassersportler auf der westlichen Havel. An 85 Boote der Reichsbanner-Wassersportabteilung, Jug Havel, der Havelaktionsgruppe Schwarz-Rot-Gold, Potsdam; ferner die Vereine Collegia, Butab und Freie Kanu-Union bewiesen den staunenden Berlinern: Die Wasserspartie des ATSB. auf der Havel marschiert.

Die Feier selbst verlief äußerst harmonisch und freuzsibel. In den Begrüßungsreden wurde überall der Freude über das starke Anwachsen der Bewegung und der Hoffnung auf eine recht enge und kameradschaftliche Zusammenarbeit im Sinne des Bundes Ausdruck gegeben. Die ausgezeichnete Vereinstapelle der HAV. trug durch ihr Spiel viel zur guten Stimmung und zum Gelingen der Feier bei. Ein original bayerischer Trachten- und Walzertanz im Freien ausgeführt von drei HAV.-Mitgliedern, fand ein hingerrissenes und beifallsfreudiges Publikum. Als um 4 Uhr nachmittags der Start, der sich der vielen Boote wegen beinahe eine Stunde hinzo-, begann, gab es nur eine Meinung: Dieses Anfahren war ein glücklicher und vielversprechender Anfang und der Auftakt für die launende Saison im freien Wassersport.